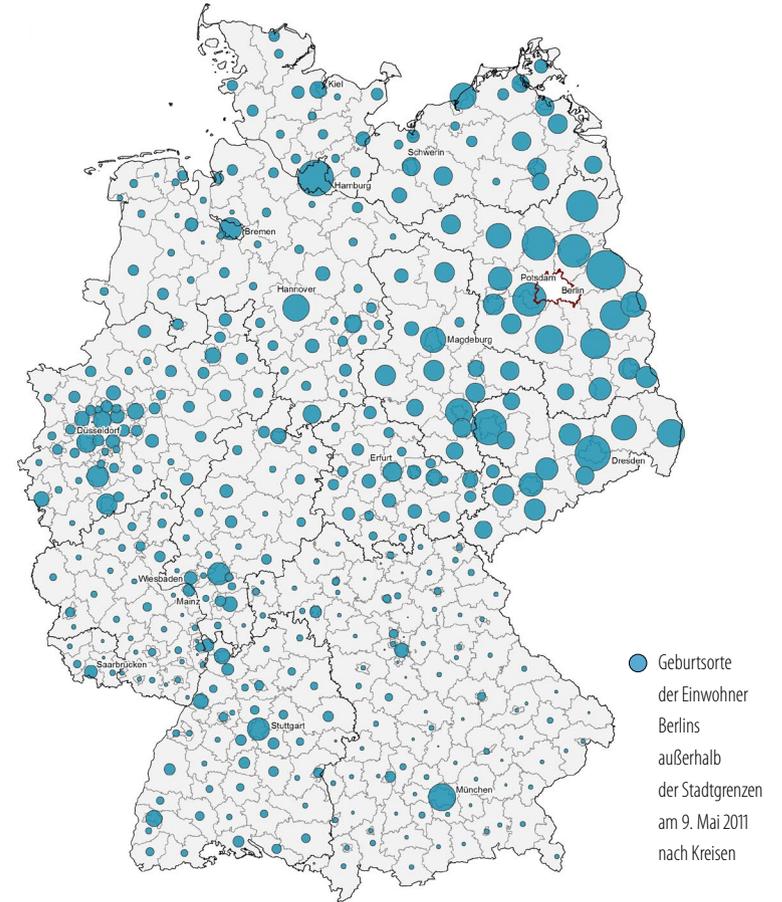


25 Jahre deutsche einheit **Berlin** in Zahlen

- Bevölkerung
- Haushalt und Familie
- Bildung
- Wirtschaft
- Umwelt
- Arbeitsmarkt
- Leben und Wohnen
- Wahlen



Am 3. Oktober 2015 wird der 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung gefeiert. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) nimmt dieses Jubiläum zum Anlass, um die Entwicklung der letzten 25 Jahre in den Ländern Berlin und Brandenburg statistisch zu beleuchten. Die ganze Vielfalt der Lebensverhältnisse lässt sich so zwar nicht einfangen, aber durch ausgewählte Indikatoren aus den Bereichen Bevölkerung, Haushalte und Familien, Bildung, Wirtschaft, Umwelt, Arbeitsmarkt, Leben und Wohnen sowie Wahlen werden Entwicklungen sichtbar, die unsere heutige Lebenswirklichkeit prägen und sowohl Erfolge als auch weitere Herausforderungen des Vereinigungsprozesses erkennen lassen.

Auch im AfS spiegelt sich die Entwicklung der vergangenen 25 Jahre wider: Es ging am 1. Januar 2007 aus dem Zusammenschluss des Statistischen Landesamtes Berlin und der Abteilung Statistik des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS) hervor.



Rudolf Frees (komm.) Vorstand des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Das Statistische Landesamt Berlin hatte im Jahr 1990 die Aufgabe erhalten, die amtliche Statistik im wieder vereinten Berlin durchzuführen. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksstelle Berlin der Staatlichen Zentralverwaltung der Statistik der DDR arbeiteten seitdem gemeinsam mit ihren West-Kolleginnen und -Kollegen im neu formierten Berliner Landesamt. Seinerzeit hatte dieses seinen Sitz noch im Bezirk Wilmersdorf, also in Berlin-West. 1995 erfolgte dann der Umzug nach Berlin-Friedrichsfelde im Bezirk Lichtenberg, also nach Berlin-Ost. Die Unterscheidung zwischen „Ost“ und „West“ verlor durch die gemeinsame Arbeit rasch an Bedeutung.

Durch die Fusion im Jahr 2007 kamen auf das neu gebildete AfS zahlreiche Herausforderungen zu. Unter anderem sind diese darin begründet, dass die amtliche Statistik für ein Flächenland und für einen Stadtstaat aus einer Hand organisiert werden muss.

Die amtliche Statistik hat die Aufgabe, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Verhältnisse und Entwicklungen in den Bundesländern und in Deutschland abzubilden. Sie ist dabei gesetzlich zu Neutralität, Objektivität und Unabhängigkeit verpflichtet. Dadurch ist gewährleistet, dass die Daten der amtlichen Statistik eine verlässliche, nachvollziehbare und allgemein verfügbare Grundlage für die Information der Öffentlichkeit und für sachorientierte Entscheidungen der Politik sind.

Das AfS hat seine Aufgabe auch in Zeiten größerer gesellschaftlicher Veränderungen und trotz der eigenen organisatorischen Umgestaltung erfüllt. Acht Jahre nach der Fusion und 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist das AfS der zentrale Dienstleister für die amtliche Statistik in der Region.



	Vorbemerkungen		Bevölkerung		Umwelt
7	Glossar	10	Wanderungen über die Berliner Landesgrenze	42	CO ₂ -Emissionen nach Quellenbilanz
8	Regionale Gliederung	14	Geburten und Sterbefälle		Arbeitsmarkt
		16	Entwicklung der Bevölkerungszahl	44	Erwerbstätigenquote
		20	Geburtsorte der Einwohner	46	Erwerbslosenquote
			Haushalte und Familien	48	Teilzeiterwerbstätige
		22	Haushalte nach Haushaltsgröße	50	Verdienste
		24	Familien nach Lebensformtyp	52	Pendlerströme
		26	Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit		Leben und Wohnen
		28	Armutsgefährdungsquote	54	Wohnungsfertigstellungen und Wohnungsbestand
			Bildung	58	Verbraucherpreise
		30	Kindertagesbetreuung	60	Baupreise
		32	Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen	62	Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern
		34	Studierende, Studienanfängerinnen und -anfänger	64	Kraftfahrzeugbestand
			Wirtschaft		Wahlen
		36	Bruttoinlandsprodukt	66	Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin
		38	Gewerbean- und -abmeldungen	68	Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin
		40	Tourismus		
70	Impressum				

Vorbemerkungen

6

Seit dem 3. Oktober 1990 leben die Bürgerinnen und Bürger in Ost und West wieder in einem Staat. Im Einigungsvertrag wurde Berlin als Hauptstadt Deutschlands bestimmt. Das Land Brandenburg wurde durch die Zusammenlegung der Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder), Teilen des Bezirks Cottbus und einiger anderer Kreise neu gegründet. Im seither vergangenen Vierteljahrhundert haben sich das Land und die – später sogenannte – Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg dramatisch verändert. Zuvor kaum oder gar nicht passierbare Grenzen verschwanden oder wurden durchlässig. Berlin-West hatte wieder ein Umland und Berlin wieder ein historisches Zentrum. Der Wechsel von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft war nicht leicht und erwies sich als folgenreich. Der Anpassungsprozess und die Herstellung vergleichbarer Lebensverhältnisse konnten nicht – wie zunächst gehofft – in wenigen Jahren erreicht werden, sondern wurden zu einer länger währenden Aufgabe. Als wichtiger Motor einer positiven Entwicklung haben sich der Hauptstadtbeschluss und der Regierungsumzug von Bonn nach Berlin erwiesen.

Diese Broschüre betrachtet die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Berlins der vergangenen 25 Jahre in Zahlen. Dazu wurden für thematische Bereiche Indikatoren ausgewählt, die den Fokus auf wichtige Einzelaspekte legen. Die thematischen Bereiche sind: Bevölkerung, Haushalte und Familien, Bildung, Wirtschaft, Umwelt, Arbeitsmarkt, Leben und Wohnen sowie Wahlen. Eine Entwicklungs- und Lagebeschreibung geben die insgesamt 27 Indikatoren, durch die die Grundzüge erkennbar werden sollen.

Entwicklungen lassen sich am besten dokumentieren, wenn ein langer Zeitraum dargestellt wird. Die letzten 25 Jahre können jedoch in der amtlichen Statistik noch nicht vollständig abgebildet werden, da für das aktuelle Jahr 2015 noch keine Ergebnisse vorhanden sind. In der Regel liegen die Daten von 1990/91 bis 2013/14 vor. Bei einigen Indikatoren ist der betrachtete Zeitraum kürzer, dann wird vom ersten nach der Wiedervereinigung vorliegenden Berichtsjahr ausgegangen. Für die Darstellung tief gegliederter Vergleiche wurden in der Regel die Jahre 1991, 2005 und 2014 ausgewählt.

Glossar

Anbindungskoeffizient

Der Anbindungskoeffizient gibt die Intensität der Verflechtungen durch Pendlerströme zwischen zwei Gemeinden wieder, dadurch wird die relative Bedeutung eines Arbeitsmarktes für das direkte Umfeld verdeutlicht. Der Anbindungskoeffizient berechnet sich aus dem Anteil der Auspendler in eine bestimmte Gemeinde durch alle in der Heimatgemeinde wohnenden Erwerbstätigen (Binnen- und Auspendler).

Berlin/Bonn-Gesetz

Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands (Berlin/Bonn-Gesetz – Berlin/BonnG) vom 26. April 1994 (BGBl. I S. 918), das durch Artikel 1 der Verordnung vom 21. September 1997 (BGBl. I S. 2390) geändert worden ist.

Betreuungsquote

Anzahl der Kinder in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege je 100 Kinder der gleichen Altersgruppe

Briefwahlanteil

Der Anteil der Personen an allen Wählerinnen und Wählern, die außerhalb des Wahllokals und überwiegend in den Tagen und Wochen vor dem Wahltag ihre Stimme abgegeben haben, wird als Briefwahlanteil bezeichnet. Er umfasst zum einen diejenigen, die ihre Briefwahlunterlagen postalisch zurückgesandt haben und zum anderen auch diejenigen, die von ihrem Wahlrecht in den Tagen vor der Wahl in einer Briefwahlstelle Gebrauch gemacht und die Unterlagen direkt dort abgegeben haben.

Fruchtbarkeitsziffer

Zahl der Geburten bezogen auf 1 000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren (gebärfähiges Alter)

Geburtenrate

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau

Hauptstadtbeschluss

siehe Berlin/Bonn-Gesetz

Index/Indizes

Der Index ist eine zusammenfassende Maßzahl, die für den zeitlichen und räumlichen Vergleich von Entwicklungen verwendet wird. Beispiele hierfür sind der Verbraucherpreisindex und der Preisindex für Bauleistungen.

Messzahl

Die Messzahl wird u.a. für die Darstellung zeitlicher Entwicklungen verwendet; sie wird als Verhältniszahl auf eine feste Basisperiode (=100) bezogen.

Saldo

Der Saldo gibt die verrechneten Zu- und Abgänge oder Gewinne und Verluste als Differenz wieder, beispielsweise in der Wanderungs- oder Gewerbeanzeigenstatistik.

Sterbeziffer

Gestorbene je 1 000 Einwohner

Suburbanisierung

Mit Suburbanisierung wird die Abwanderung eines Teils der städtischen Bevölkerung in das Umland bezeichnet.

Das Glossar beinhaltet Definitionen und Erklärungen zu Begriffen der amtlichen Statistik und soll damit zum Verständnis der Texte beitragen. Die Begriffe sind an gegebener Stelle im Text gekennzeichnet.

Vorbemerkungen

8

Regionale Gliederung

Die Veränderungen in Berlin verliefen im gesamten Gebiet nicht gleichförmig. Um Unterschiede im Land sichtbar bzw. die innerstädtische Dynamik erkennbar zu machen, wurden Stadtregionen definiert, durch die die Stadt in drei Bereiche unterteilt wird: westliche Bezirke, Innenstadtbezirke und östliche Bezirke. Der Regionenbildung wurden die zwölf Bezirke zugrunde gelegt. Eine Unterteilung Berlins in den historischen Ost- bzw. Westteil ist seit der Verwaltungsreform vom 1. Januar 2001, bei der die vormals 23 Bezirke zu zwölf Bezirken fusioniert wurden, nicht möglich, weil dabei auch Ost- und Westbezirke zusammengelegt wurden. Zur Stadtregion „westliche Bezirke“ gehören die Bezirke, die sich territorial eindeutig Berlin-West zuordnen lassen (Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln, Reinickendorf). Die Stadtregion „östliche Bezirke“ wird durch die Bezirke gebildet, die

sich überschneidungsfrei Berlin-Ost zuordnen lassen (Pankow, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg). Die Region „Innenstadtbezirke“ umfasst die Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg, die beide aus einer Fusion östlicher und westlicher Bezirke entstanden sind. Der Bezirk Mitte entstand aus Mitte (Berlin-Ost) sowie Wedding und Tiergarten (Berlin-West). Friedrichshain-Kreuzberg aus Friedrichshain (Berlin-Ost) und Kreuzberg (Berlin-West). Diese Untergliederung Berlins in Regionen verbindet die Struktur der politischen Teilung in Berlin-West und Berlin-Ost mit der stadtsoziologischen zwischen Innenstadt und äußerer Stadt.

Bezirke und Stadtregionen

Bei einigen Themen ist es von Wert, wenn die Entwicklung regional noch differenzierter dargestellt wird (z. B. die Entwicklung der Bevölkerungszahl). Für die unterbezirkliche kleinräumige Gliederung der Stadt wurden sogenannte Lebensweltlich orientierte Räume (LOR) gebildet. Auf der unteren Ebene ist das Stadtgebiet flächendeckend in 447 Planungsräume untergliedert, die nächste Ebene umfasst 138 Bezirksregionen und die darüber liegende 60 Prognoseräume.

Prognoseräume

nach Bezirken

01 Mitte

- 01 01 Zentrum
- 01 02 Moabit
- 01 03 Gesundbrunnen
- 01 04 Wedding

02 Friedrichshain-Kreuzberg

- 02 01 Kreuzberg Nord
- 02 02 Kreuzberg Süd
- 02 03 Kreuzberg Ost
- 02 04 Friedrichshain West
- 02 05 Friedrichshain Ost

03 Pankow

- 03 01 Buch
- 03 02 Nördliches Pankow
- 03 03 Nördliches Weißensee
- 03 04 Südliches Pankow
- 03 05 Südliches Weißensee
- 03 06 Nördlicher Prenzl. Berg
- 03 07 Südlicher Prenzl. Berg

04 Charlottenburg-Wilmersdorf

- 04 01 CW 1
- 04 02 CW 2
- 04 03 CW 3
- 04 04 CW 4
- 04 05 CW 5
- 04 06 CW 6

05 Spandau

- 05 01 SPA 1
- 05 02 SPA 2
- 05 03 SPA 3
- 05 04 SPA 4

06 Steglitz-Zehlendorf

- 06 01 Region A
- 06 02 Region B
- 06 03 Region C
- 06 04 Region D

07 Tempelhof-Schöneberg

- 07 01 Schöneberg Nord
- 07 02 Schöneberg Süd
- 07 03 Friedenau
- 07 04 Tempelhof
- 07 05 Mariendorf
- 07 06 Marienfelde
- 07 07 Lichtenrade

08 Neukölln

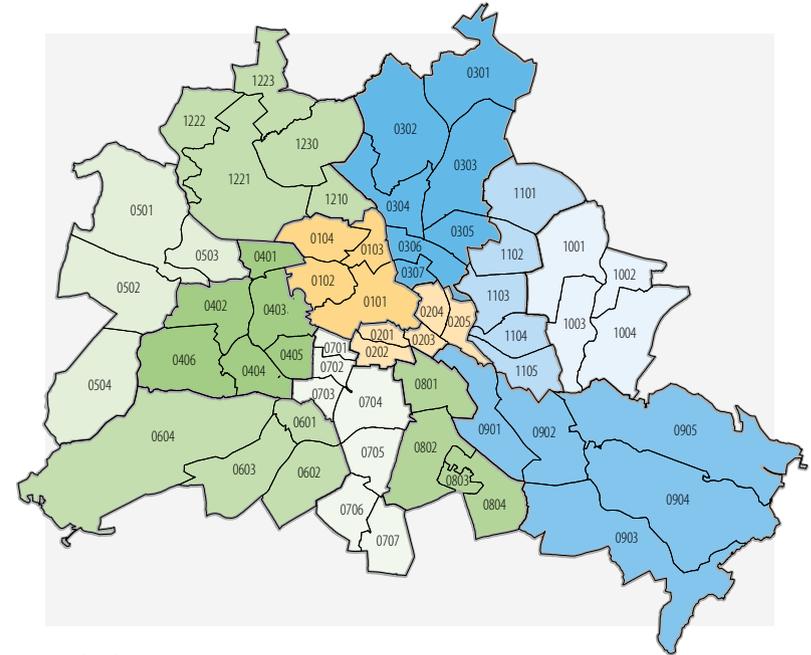
- 08 01 Neukölln
- 08 02 Britz/Buckow
- 08 03 Gropiusstadt
- 08 04 Buckow Nord/Rudow

09 Treptow-Köpenick

- 09 01 Treptow-Köpenick 1
- 09 02 Treptow-Köpenick 2
- 09 03 Treptow-Köpenick 3
- 09 04 Treptow-Köpenick 4
- 09 05 Treptow-Köpenick 5

10 Marzahn-Hellersdorf

- 10 01 Marzahn
- 10 02 Hellersdorf
- 10 03 Biesdorf
- 10 04 Kaulsdorf/Mahlsdorf



11 Lichtenberg

- 11 01 Hohenschönhausen Nord
- 11 02 Hohenschönhausen Süd
- 11 03 Lichtenberg Nord
- 11 04 Lichtenberg Mitte
- 11 05 Lichtenberg Süd

12 Reinickendorf

- 12 10 Reinickendorf Ost
- 12 11 Tegel
- 12 12 Heiligensee/Konradshöhe
- 12 13 Frohnau/Hermsdorf
- 12 14 Waidmannslust

Stadtregionen

- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke

Bevölkerung

10

Wanderungen über die Berliner Landesgrenze

Für Berlin war wohl die bedeutendste Folge der Wiedervereinigung der am 20. Juni 1991 vom Deutschen Bundestag getroffene Hauptstadtbeschluss, der die Verlegung des Parlaments- und Regierungssitzes nach Berlin vorsah. Es war davon auszugehen, dass der Ausbau Berlins zum Regierungssitz und die Übernahme der Hauptstadtfunktion nachhaltige Impulse setzen und die Bevölkerungszahl Berlins auf längere Sicht steigen würde. Im Berlin/Bonn-Gesetz regelte der Deutsche Bundestag u. a. den Umzug von Parlament und großen Teilen der Regierung von Bonn nach Berlin sowie den Umzug von Bundesbehörden und anderer Bundeseinrichtungen in die Bundesstadt Bonn. Ein weiterer wesentlicher Effekt der Wiedervereinigung war für viele Berlinerinnen und Berliner die Möglichkeit, ihren Wunsch nach einem eigenen Haus im Umland Berlins zu verwirklichen.

Diese beiden Sachverhalte spiegeln sich auch in der Berliner Wanderungsstatistik wider. Gleich nach der Herstellung der Deutschen Einheit ergriffen viele Einwohnerinnen und Einwohner die Gelegenheit, ins Berliner Umland abzuwandern. Dies führte in der Wanderungsstatistik zu einer deutlich steigenden Gesamtzahl der Fortzüge. Der Trend dieser sogenannten Suburbanisierung begann bereits 1991 und steigerte sich bis zum Jahr 1998. In jenem Jahr gab es den höchsten Verlust für Berlin, der sich per Saldo (Zuzüge – Fortzüge) auf über 30 000 Personen belief. Danach gingen die Einwohnerverluste stetig zurück und liegen seit dem Jahr 2007 im Schnitt bei jährlich ca. 8 000 Personen.

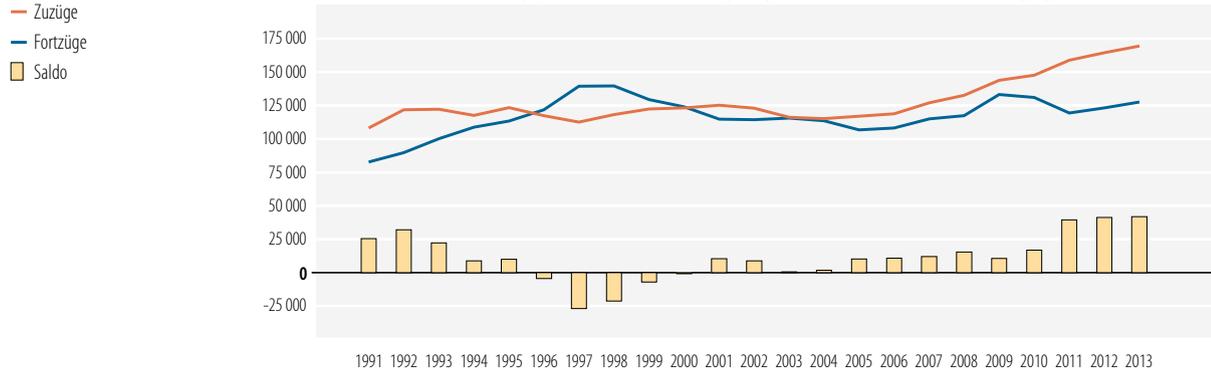
Das Datenhandbuch des Deutschen Bundestages weist in Kapitel 18.1 „Umzug des Bundestages nach Berlin: Chronik“ die Tage vom 5. bis 31. Juli 1999 als die Zeit der Umzugstransporte aus. Am 10. Mai 2004 findet der Chronik zufolge der Umzug von Bonn nach Berlin offiziell seinen Abschluss. Der Saldo aus Zu- und Fortzügen gegenüber dem übrigen Bundesgebiet (ohne Berliner Umland) stieg in den Jahren 1998 bis 2001 von gut 7 000 Personen auf 13 000 Personen. Bis 2004 schrumpften die Zuzugsgewinne auf gut 3 000 Personen. Nach Abschluss des Hauptstadtumzuges folgte eine Phase steigender Salden. In der Zeitspanne 2005 bis 2013 gewann Berlin insgesamt rund 150 000 Personen im Wanderungsaustausch mit dem übrigen Bundesgebiet hinzu. Parallel dazu gab es in den letzten drei Jahren auch deutliche Zugewinne gegenüber dem Ausland, von 2011 bis 2013 insgesamt weit über 85 000 Personen – vielfach Menschen aus den osteuropäischen EU-Staaten und EU-Ländern mit größeren wirtschaftlichen Problemen.

**Was beschreibt der Indikator?**

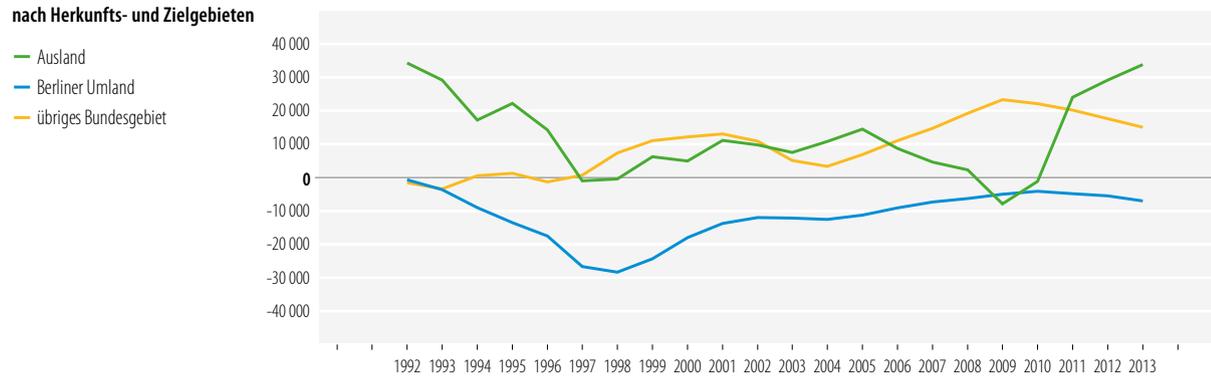
Die in der Wanderungsstatistik gemessenen Wanderungsströme sind das Abbild des Migrationsgeschehens. Sie beeinflussen entscheidend die demographische Entwicklung einer Region. Mit der Deutschen Einheit wurden für alle Menschen in Deutschland Wohnortwechsel in alle Richtungen möglich.

Datenquelle: Wanderungsstatistik

Zu- und Fortzüge über die Grenze von Berlin



Saldo aus Zu- und Fortzügen



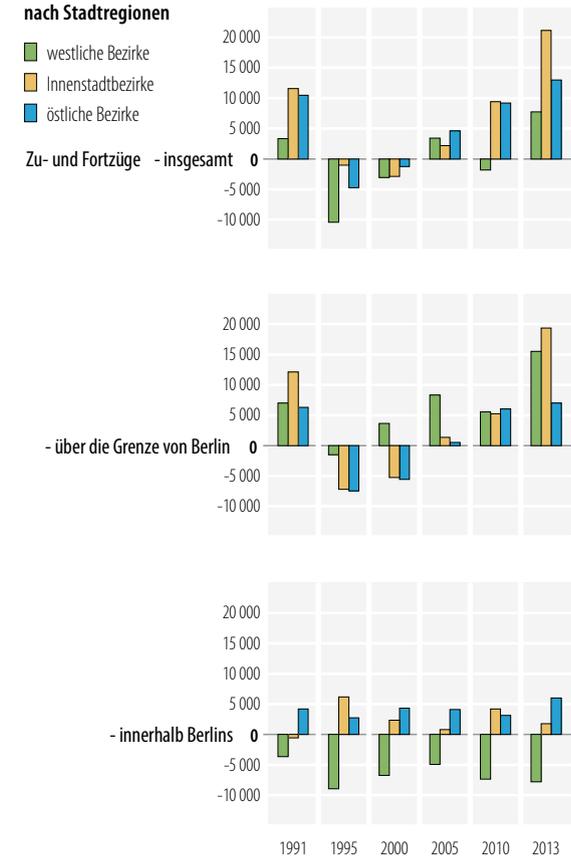
Bevölkerung

12

In den Stadtregionen Berlins waren Mitte der 1990er Jahre bis 2000 überwiegend Wanderungsverluste zu verzeichnen. Bei dieser Betrachtungsweise kommen zu den Wanderungsbewegungen, die über die Stadtgrenze hinweg stattfinden, auch die innerstädtischen Umzüge hinzu. So gab es beispielsweise im Jahr 2000 in allen drei Stadtregionen insgesamt Wanderungsverluste, die sich aber unterschiedlich zusammensetzten. Die westlichen Bezirke konnten Zuzugsgewinne durch Wanderungen über die Stadtgrenze erzielen, verloren aber vergleichsweise mehr Einwohner durch innerstädtische Umzüge. Bei den beiden anderen Regionen war es umgekehrt: Sie verloren durch Fortzüge über die Stadtgrenze, gewannen aber durch innerstädtische Zuzüge in geringerem Maße Einwohner hinzu.

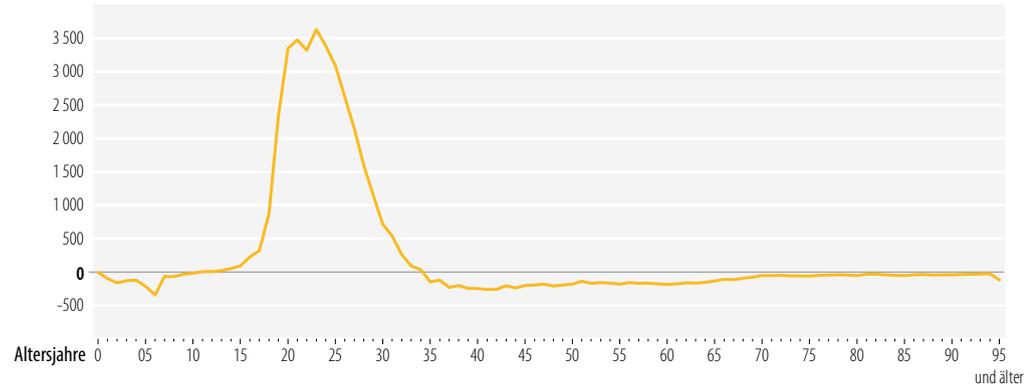
Im Jahr 2013 konnten alle drei Stadtregionen insgesamt Wanderungsgewinne verbuchen. Wobei die Innenstadtbezirke mit einem Plus von mehr als 20 000 Einwohnern den höchsten Gewinn erzielten. Hier kam der größte Teil durch Zuzüge von außerhalb der Stadt zustande. Aus anderen Teilen Berlins gewannen die Innenstadtbezirke knapp 1 800 Einwohner hinzu. Es folgen die östlichen Bezirke mit einem Plus von fast 13 000 Einwohnern. Dieser Gewinn teilt sich auf in knapp 7 000 Einwohner von außerhalb Berlins und 6 000 Einwohner aus anderen Regionen der Stadt. Die westlichen Bezirke gewannen zwar fast 16 000 Einwohner von außerhalb Berlins hinzu, gaben aber fast 8 000 Einwohner an die anderen Stadtregionen ab. Unter dem Strich ergab sich hier also ein Gesamtwanderungssaldo von rund 8 000 Personen. Betrachtet man Berlin noch kleinteiliger, dann zeigt sich, dass mehr als zwei Fünftel der Wanderungsgewinne der letzten Jahre die innerstädtischen Prognoseräume erzielten: Neukölln, Mitte, Nördlicher Prenzlauer Berg sowie Friedrichshain Ost. Die Menschen, die Berlin hinzugewonnen hat, waren hauptsächlich junge Menschen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren.

Saldo aus Zu- und Fortzügen



Saldo aus Zu- und Fortzügen je Altersjahr

(Durchschnitt
der Jahre 2005 bis 2013)

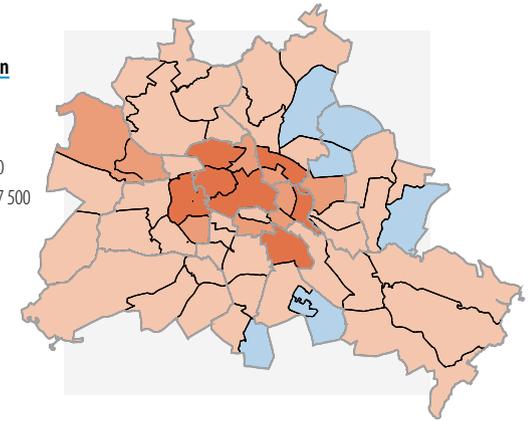


Saldo aus Zu- und Fortzügen

13

nach
Prognoseräumen
2010 bis 2013

- unter 0
- 0 bis unter 3 500
- 3 500 bis unter 7 500
- 7 500 und mehr



Geburten und Sterbefälle

Einbrüche der Geburtenzahlen gab es während und gleich nach den beiden Weltkriegen sowie während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. In Folge des mit der Wiedervereinigung Deutschlands einhergehenden politischen und wirtschaftlichen Systemwechsels und der damit einhergehenden Unsicherheit in der Gesellschaft gingen im ehemaligen Ostteil der Stadt die Geburten ebenfalls drastisch zurück. Eine Entwicklung, die sich auf die Geburtenzahl der Stadt spürbar auswirkte. Im „Nachwendejahr“ 1991 wurden knapp 30 600 Geburten registriert, damit kamen 7 000 Babys bzw. 18,7% weniger zur Welt als 1990, und auch in den Folgejahren wurde ein, wenngleich nicht ganz so dramatischer, Geburtenrückgang registriert. Im Zeitraum 1996 bis 2005 blieb dann das Geburtenniveau stabil. Die Zahl der Neugeborenen bewegte sich jährlich etwa zwischen 29 000 und 30 000 Kindern.

Was beschreibt der Indikator?

Geburten und Sterbefälle sind entscheidende Faktoren für die demografische Entwicklung einer Gesellschaft. Im Zeitverlauf der Geburtenzahl spiegeln sich beispielsweise besondere gesellschaftliche und wirtschaftliche Ereignisse wider.

Der 2005 verstärkt einsetzende Zustrom junger Menschen nach Berlin machte sich auch in der Entwicklung der Geburtenzahlen deutlich bemerkbar. Im Jahr 2006 wurden mit insgesamt rund 29 600 Geburten 600 Geburten mehr als im Vorjahr registriert. Die Geburtenzahl stieg danach von Jahr zu Jahr weiter an und erreichte im Jahr 2013 einen Stand von etwas mehr als 35 000 Neugeborenen – 6 000 Kinder bzw. knapp 21% mehr als 2005.

Der Geburtenanstieg hat zwei Ursachen: zum einen die verstärkte Zuwanderung von jungen Frauen und zum anderen den leichten Anstieg der Geburtenhäufigkeit. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ist von knapp 38 Geburten je 1 000 Frauen im Jahr 2005 auf über 45 Geburten im Jahr 2010 gestiegen. Für das Jahr 2013 wurde sogar eine Ziffer von 50 Geburten errechnet. Diese Zahl ist jedoch nicht zuletzt deshalb höher, weil die in der Ermittlung des Bevölkerungsbestandes zugrunde gelegten Ergebnisse des Zensus 2011 für die Zahl der Frauen niedriger waren als die bisher vorliegenden Zahlen der Bevölke-

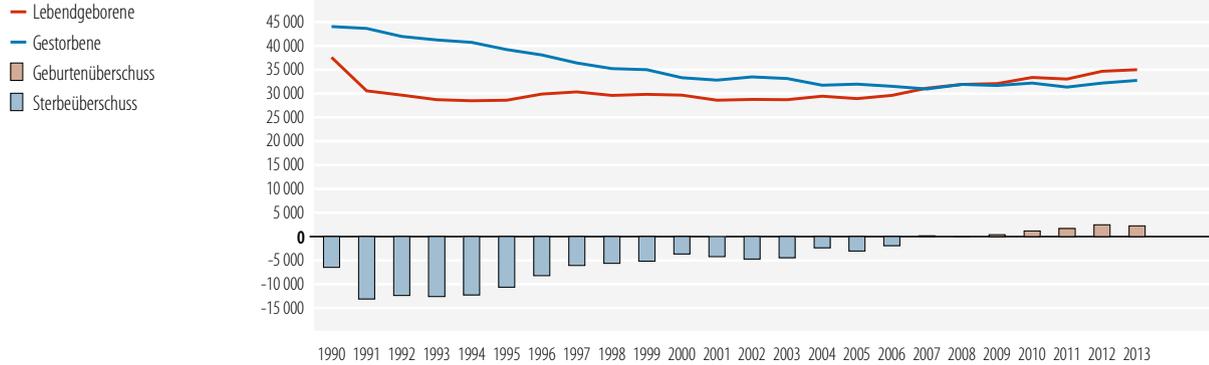
rungsstatistik. Am stärksten hat die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer in den östlichen Bezirken der Stadt zugenommen. Während noch im Jahr 2005 der Wert hier am niedrigsten war, ist er 2013 am höchsten.

Betrachtet man Berlin noch kleinteiliger, dann zeigt sich im aktuell verfügbaren Jahr 2013, dass die Geburtenrate insbesondere in den Randregionen der Stadt am höchsten ist: in Heiligensee-Konradshöhe im Durchschnitt 1,8 Kinder je Frau; in Waidmannslust, Marzahn und Buch jeweils 1,7. Der Durchschnittswert von Berlin liegt bei 1,4.

Die Zahl der Sterbefälle ist von 1990 bis 2007 von rund 44 000 auf 31 000 kontinuierlich gesunken. In den Folgejahren schwankten die Werte zwischen 31 000 und 33 000 Personen. Die Sterbeziffer ist in den Stadtregionen tendenziell zurückgegangen, wobei die Werte in den östlichen Bezirken immer am höchsten waren. Dank des Geburtenanstieges in den letzten Jahren gibt es bei der Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen seit dem Jahr 2007 steigende Geburtenüberschüsse.

Datenquelle: Statistik der Bevölkerungsbewegung, Einwohnerregisterstatistik

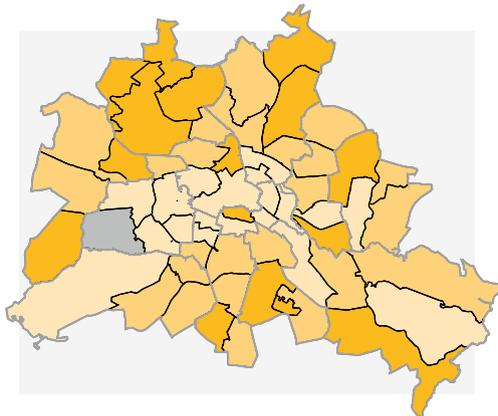
Geburten und Sterbefälle



Geburtenrate

nach Prognoseräumen 2013

- unter 1,3
- 1,3 bis unter 1,5
- 1,5 und mehr
- keine Angaben

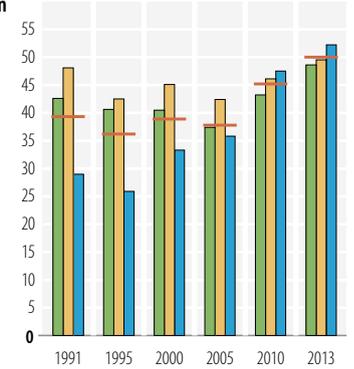


Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer

15

nach Stadtregionen

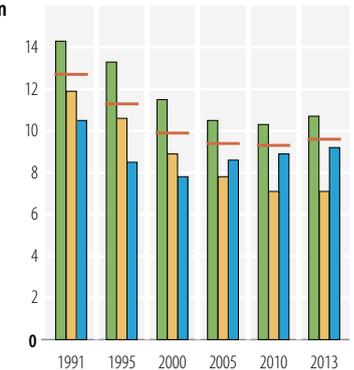
- Berlin
- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke



Sterbeziffer

nach Stadtregionen

- Berlin
- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke



Was beschreibt der Indikator?

Die Bevölkerungsstatistik ermittelt u. a. Bestand und Struktur der Bevölkerung. Damit werden Daten für die Planung und Gestaltung der Daseinsvorsorge in einer Gesellschaft bereitgestellt. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl kann auch Auskunft über die Attraktivität bzw. die Wirtschaftskraft einer Region geben. Der Bevölkerungsbestand wird dabei durch die sogenannte Bevölkerungsfortschreibung rechnerisch ermittelt. Ausgehend von einem Bevölkerungsbestand zu einem Basiszeitpunkt, der in der Regel durch einen Zensus ermittelt wurde, werden monatlich die statistisch erfassten Geburten und Zuzüge addiert und die Sterbefälle und Fortzüge abgezogen. So wird turnusmäßig ein immer neuer Bestand errechnet.

Entwicklung der Bevölkerungszahl

Die Entwicklung der Berliner Bevölkerungszahl seit der Wiedervereinigung Deutschlands lässt sich durch vier unterschiedlich lange und sich teilweise überlagernde Phasen skizzieren. Die erste Phase umfasst die Jahre 1991 bis 1993. Die Einwohnerzahl stieg seinerzeit durch vermehrte Auslandszuwanderungen an. Die Jahre 1994 bis 2000 (Phase 2) waren wegen der rasch zunehmenden Suburbanisierung durch rückläufige Einwohnerzahlen gekennzeichnet (vgl. Abschnitt „Wanderungen“). Die dritte Phase war die des Hauptstadttumzuges etwa in den Jahren 1999 bis 2004. Dieses Ereignis führte zwar nur in den Jahren 2001 und 2002 zu steigenden Bevölkerungszahlen, konnte jedoch in den vorangegangenen und nachfolgenden Jahren den durch Abwanderung ins Berliner Umland entstandenen Verlust etwas mildern. Die vierte Phase begann mit dem Abschluss des Hauptstadttumzuges im Jahr 2004. Ab 2005 steigt die Bevölkerungszahl Berlins kontinuierlich an.

Datenquelle: Bevölkerungsstatistik

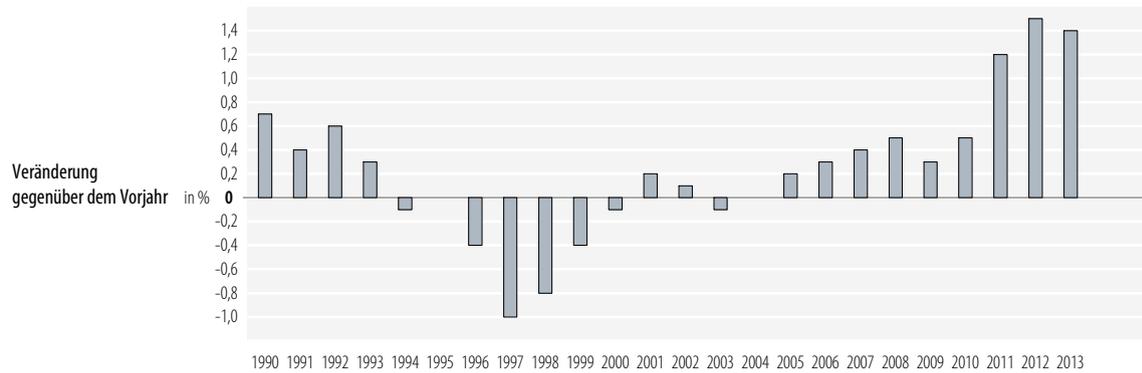
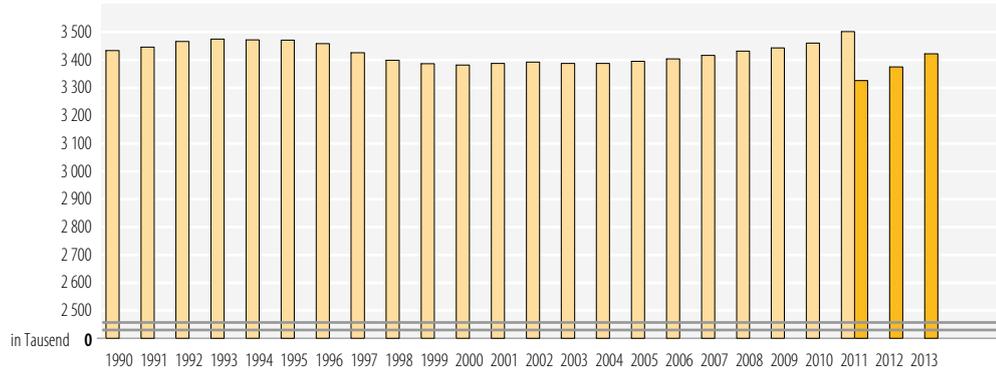
Im Jahr 2011 wurde ein bundesweiter Zensus durchgeführt. Damit konnte die vor langer Zeit festgelegte Datenbasis, auf der bis dahin die Berechnung der Bevölkerungszahl aufbaute, neu justiert werden. Durch die Ergebnisse ergab sich zwar eine Absenkung des Niveaus des Bevölkerungsbestandes um mehr als 5%, die darauf aufsetzende Bevölkerungszahl entwickelte sich gleichwohl weiterhin sehr dynamisch.

Bei dem Bevölkerungswachstum, das in Berlin nach dem Abschluss des Hauptstadttumzuges einsetzte, konnten unter den Berliner Stadtregionen die Innenstadtbezirke relativ die größte Zunahme verzeichnen. Die Bevölkerungszahl stieg hier seit 2005 um über 9%. Wird hingegen der Bevölkerungsbestand im Nachwendejahr 1991 zum Vergleich herangezogen, hatten die östlichen Bezirke relativ den größten Bevölkerungszuwachs (+7%).



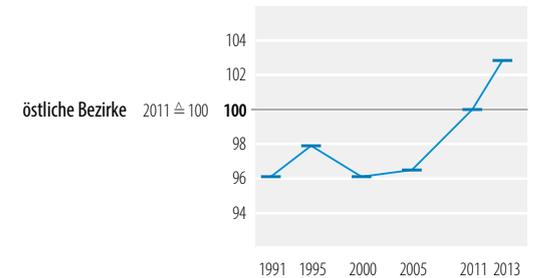
Bevölkerungsstand

Fortschreibung auf ...
 alter Basis
 Basis Zensus 2011



Bevölkerungsstand

nach Stadtregionen



Bevölkerung

18

Eine kleinräumige Betrachtung der Einwohnerentwicklung ermöglicht eine Auswertung des Einwohnerregisters. Danach zeigt sich, dass seit 2006 die Bereiche Nördliches Neukölln (+17 000 Einwohner), Wedding (+9 000 Einwohner), Friedrichshain Ost und Nördlicher Prenzlauer Berg (jeweils +7 000 Einwohner) den größten Zuwachs hatten. Gegenüber dem Einwohnerbestand von 1992 haben jedoch die im östlichen Teil der Stadt gelegenen Bereiche Nördliches Pankow (+24 000 Einwohner), Hellersdorf (+22 000 Einwohner), Nördliches Weißensee (+19 000 Einwohner) und Südliches Treptow-Köpenick (+17 000 Einwohner) den höchsten Bevölkerungszuwachs.

Die Historie Berlins spiegelt sich auch im Altersaufbau der Bevölkerung wider. Ereignisse nach der Wiedervereinigung drücken sich beispielsweise bei der Bevölkerung im Alter von etwa 25 bis 30 Jahren darin aus, dass der Bestand dieser Gruppe höher ist, als durch die zahlenmäßige Stärke der zugehörigen Elterngeneration, der „Babyboomer“-Generation“ (heute im Alter von etwa 50 Jahren), zu erwarten gewesen wäre. Grund für den zusätzlichen Zuwachs in dieser Alters-

gruppe sind die ab dem Jahr 2005 einsetzenden stärkeren Zuzugsgewinne jüngerer Menschen. Als Folge hat es in den vergangenen Jahren auch mehr Geburten gegeben, was zu einem Anstieg der Kinderzahlen von Altersjahr zu Altersjahr führt. Im Gegensatz dazu ist der Bevölkerungsrückgang bei den heute etwa 18- bis 22-Jährigen noch stärker ausgefallen, als der durch den sogenannten Pillenknick gesunkene Bestand der zugehörigen Elterngeneration erwarten ließ. Grund hierfür war der in Folge der Wiedervereinigung im Ostteil der Stadt aufgetretene Geburteneinbruch zu Beginn der 1990er Jahre (vgl. Abschnitt Geburten).

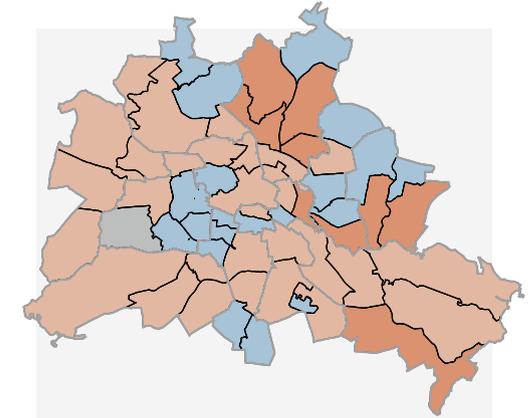
Die durch die Bevölkerungsfortschreibung ausgewiesene Zahl der Ausländerinnen und Ausländer ist mit wenigen Ausnahmen von Jahr zu Jahr gestiegen. Im Jahr 1991 wurden rund 340 000 Ausländerinnen und Ausländer ermittelt. Diese Zahl stieg bis zum Jahr 2011 auf 494 000 Personen an. Durch den in jenem Jahr durchgeführten Zensus 2011 zeigte sich jedoch, dass dieser Bestand deutlich zu hoch gewesen war, in erster Linie bedingt durch unterlassene Abmeldungen der Ausländerinnen und Ausländer beim Fortzug

Veränderung der Bevölkerungszahl

in den Prognoseräumen

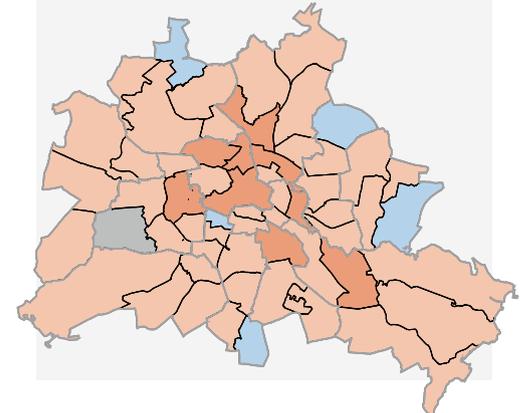
2013 gegenüber 1992

- unter 0
- 0 bis unter 7 500
- 7 500 und mehr
- keine Angaben



2013 gegenüber 2006

- unter 0
- 0 bis unter 5 000
- 5 000 und mehr
- keine Angaben



aus Deutschland. Die auf der Grundlage des Zensus 2011 für Ende 2011 berechnete Ausländerzahl lag bei 395 000 Personen und damit um ein Fünftel niedriger als bis dahin vermutet. Der Ausländeranteil verringerte sich mit dem Zensusergebnis von 14% auf 12%. Die ausländische Bevölkerung verteilt sich unterschiedlich auf die Berliner Stadtregionen. Ende 2013 lebten über die Hälfte (52,5%) in den westlichen Bezirken, 1991 waren es noch fast 60%. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 2013 hier 14,2%. Etwa ein Drittel aller Ausländerinnen und Ausländer ist in den Innenstadtbezirken anzutreffen. Dieser Wert hat sich im Verlauf der Jahre nicht wesentlich verändert, ist aber in der Tendenz leicht zurückgegangen. Allerdings ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in dieser Region mit über 24% höher als in den anderen Regionen. In den östlichen Bezirken lebten 1991 weniger als 8% aller Ausländerinnen und Ausländer, Ende 2013 war der Anteil mit 16% doppelt so hoch. Diese Relation hat sich also nur in dieser Region erhöht. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung war allerdings Ende 2013 mit 6,5% vergleichsweise gering.

Altersaufbau der Bevölkerung 2013

(Lebensbaum)

Geburteneinbruch
während und nach dem 2. Weltkrieg

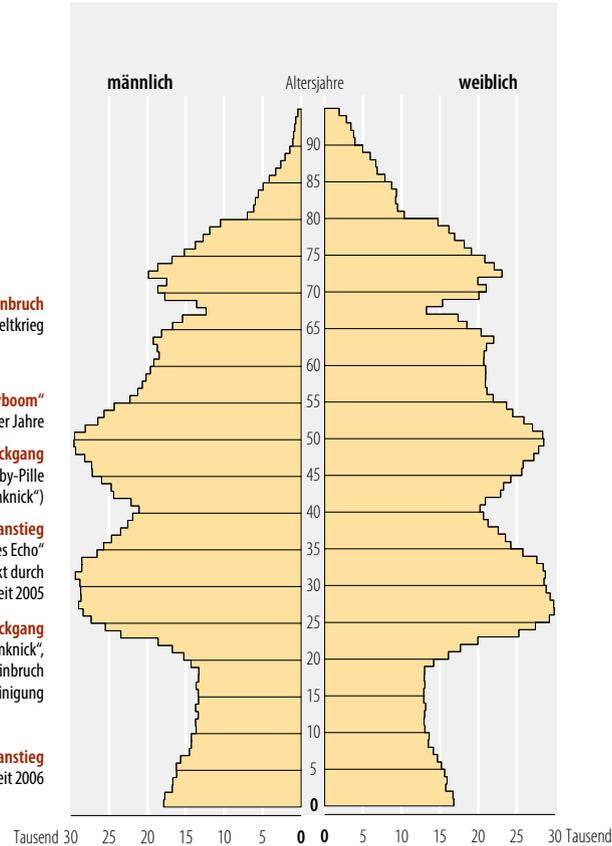
„Babyboom“
der 1950er und 1960er Jahre

Geburtenrückgang
nach Markteinführung der Anti-Baby-Pille („Pillenknick“)

Geburtenanstieg
in den 1980er Jahren als „demografisches Echo“ auf den vorherigen „Babyboom“, verstärkt durch Zuzugsgewinne bei jüngeren Menschen seit 2005

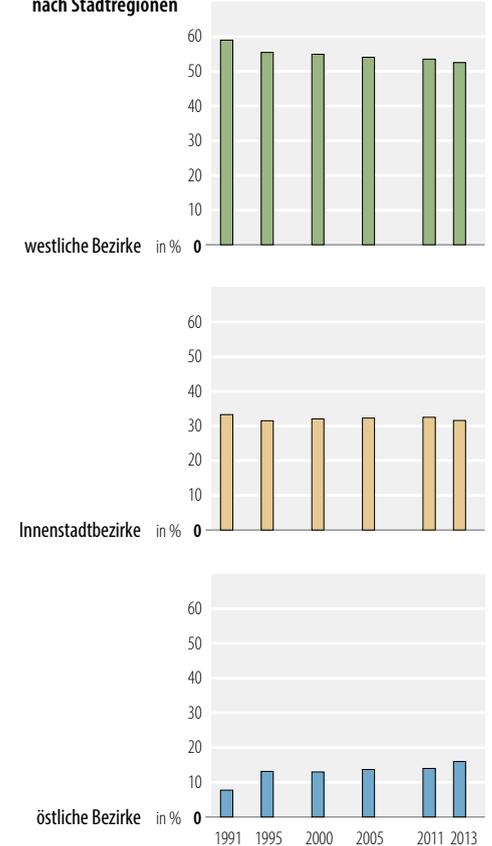
Geburtenrückgang
als „demografisches Echo“ auf den „Pillenknick“, verstärkt durch den Geburteneinbruch im Ostteil der Stadt nach der Vereinigung

Geburtenanstieg
seit 2006



Verteilung der Ausländer in Berlin

nach Stadtregionen



Geburtsorte der Einwohner

Mehr als jede zweite der 3,3 Mill. Personen, die am 9. Mai 2011 in Berlin mit Hauptwohnsitz gemeldet waren, wurden auch in Berlin geboren. Bei ca. 17% der Einwohnerinnen und Einwohner liegt der Geburtsort außerhalb des Gebietes der heutigen Bundesrepublik Deutschland. Die noch ungefähr 1,05 Mill. übrig bleibenden Personen sind innerhalb der heutigen Staatsgrenzen geboren oder der Geburtsort ist unbekannt bzw. nicht eindeutig zuordenbar.

Von den auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland geborenen Personen – ohne Berlin – wurden 21% im Land Brandenburg und 12% in den Ländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen geboren. Insgesamt verteilt sich diese Einwohnergruppe zu 45% auf die alten und zu 55% auf die neuen Bundesländer.

Werden die Geburtsorte betrachtet, die außerhalb der heutigen Grenzen Deutschlands liegen, dominieren die europäischen Staaten mit einem Anteil von 69%. Dies liegt einerseits an der regionalen Nähe, vor allem aber an der Zuordnung der in Ostpreußen, Sudetendeutschland oder Schlesien geborenen Personen zu dieser Merkmalsausprägung. Einen Geburtsort in Asien besitzen rund 22% der im Ausland geborenen Personen, gefolgt von Amerika mit rund 5%.

Was beschreibt der Indikator?

Der hier dargestellte Indikator betrachtet die Geburtsorte der Bevölkerung Berlins am 9. Mai 2011. Zu beachten ist, dass dies nicht mit der Staatsangehörigkeit gleichgesetzt werden kann. Jemand, der in Berlin geboren wurde, muss nicht zwingend deutsch sein.

Die Zuordnung der im heutigen deutschen Staatsgebiet geborenen Personen basiert auf den regionalen Gebietsständen vom Mai 2011. Später in Deutschland stattgefundene Gebietsreformen (beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern) sind nicht dargestellt.

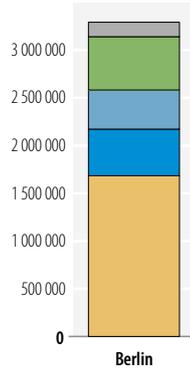
Personen, bei denen kein Geburtsort vorhanden bzw. der Eintrag nicht eindeutig zuordenbar war, sind unter „unbekannt“ zusammengefasst. Als Beispiel für nicht eindeutige Städte sollen hier stellvertretend Frankfurt, Neustadt oder Königsberg genannt werden. Personen mit einem Geburtsort beispielsweise in Ostpreußen, Sudetendeutschland oder Schlesien wurden zu Europa (ohne Deutschland) gezählt.

Datenquelle: Zensus 2011

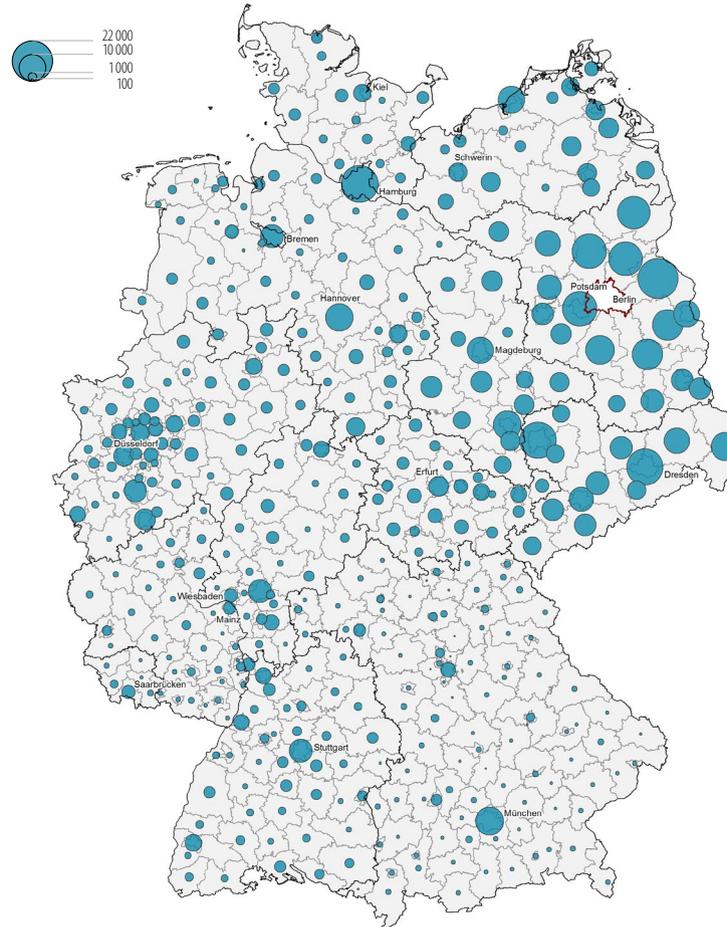
Einwohner am 9. Mai 2011

nach Herkunftsregionen

- unbekannt
- Ausland
- westdeutsche Länder
- ostdeutsche Länder (ohne Berlin)
- Berlin



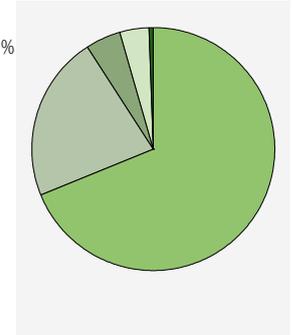
**Geburtsorte der Einwohner Berlins
außerhalb der Stadtgrenzen am 9. Mai 2011 nach Kreisen**



Im Ausland geborene Einwohner am 9. Mai 2011

nach Kontinenten

- Europa (ohne Deutschland) 69,1 %
- Asien 22,1 %
- Amerika 4,7 %
- Afrika 3,9 %
- Australien und Ozeanien 0,3 %



Haushalte und Familien

22

Haushalte nach Haushaltsgröße

In den letzten 25 Jahren ist die durchschnittliche Haushaltsgröße in Berlin kontinuierlich zurückgegangen. Während im Jahr 1991 knapp 45% aller Haushalte Einpersonenhaushalte waren, stieg der Anteil bis zum Jahr 2014 auf 53,9%, wobei sich diese Größenordnung seit dem Jahr 2006 recht konstant hält. Dagegen ist der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen von einem Viertel auf aktuell 17,7% gefallen. Auch hier kann man von einer Stabilisierung seit dem Jahr 2006 sprechen. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte in der Stadt lag innerhalb der letzten 25 Jahre durchgehend bei ca. 30%. Die wachsende Zahl der Berlinerinnen und Berliner ab 65 Jahren führte zunächst nicht dazu, dass sich die Zahl der Einpersonenhaushalte im gleichen Zuge erhöht: Lebten im Jahr 1991 noch 51,5% der Berlinerinnen und Berliner im Rentenalter in Einpersonenhaushalten, sank der Anteil bis zum Jahr 2005 gleichmäßig auf ca. 40% und ist seitdem unverändert.

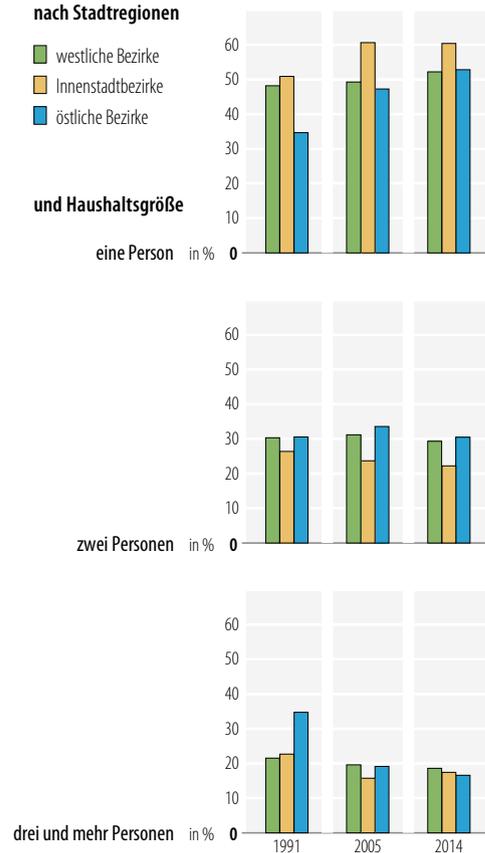
Was beschreibt der Indikator?

Die Haushaltsstruktur ist ein allgemeiner Indikator für die Lebenslage der Bevölkerung. Sie bildet demografische Prozesse genauso ab wie die Wahl moderner Lebensformen in der Bevölkerung und hängt direkt mit entsprechendem Wohnraumbedarf und der öffentlichen Daseinsvorsorge zusammen. Die Haushaltsstruktur wird über die Haushaltsgröße der Privathaushalte abgebildet.

Datenquelle: Mikrozensus

Die stärksten Veränderungen der Haushaltsstrukturen fanden in den östlichen Bezirken Berlins statt. Hier stieg der Anteil der Einpersonenhaushalte von 1991 bis 2014 um 18,1 Prozentpunkte, Drei-und-mehr-Personenhaushalte gingen anteilmäßig um 18,0 Prozentpunkte zurück. Diese Tendenzen sind in abgeschwächter Form auch in den übrigen Stadtregionen zu finden, wobei sich die Haushaltsstrukturen in den westlichen Bezirken am wenigsten verändert haben.

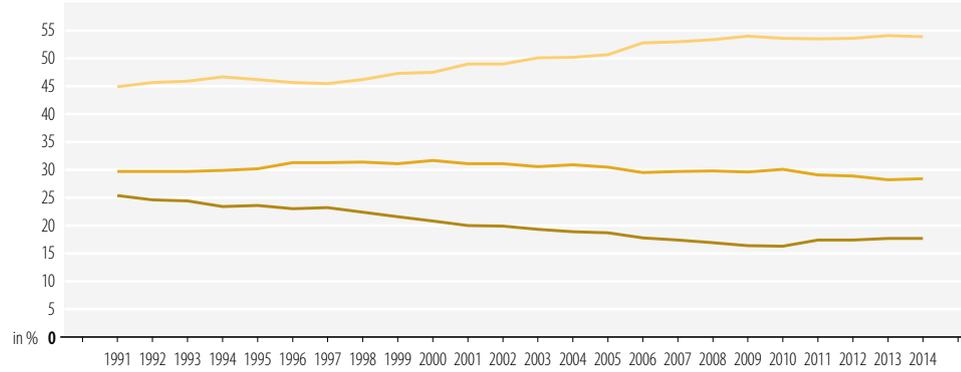
Anteil der Privathaushalte



Anteil der Privathaushalte

nach Haushaltsgröße

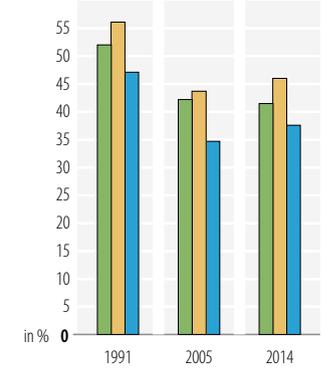
- eine Person
- zwei Personen
- drei und mehr Personen



Anteil der Einpersonenhaushalte an der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren

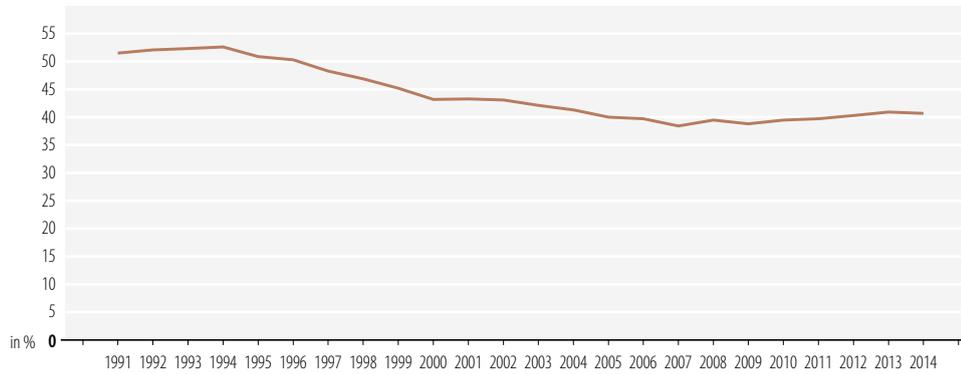
nach Stadtregionen

- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke



Anteil der Einpersonenhaushalte an der Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren

- Berlin



Was beschreibt der Indikator?

Die Anteile der Lebensformtypen in Familien zeigt die veränderliche Präferenz von Eltern für traditionelle oder moderne Lebensformen. Die Wahl der Lebensform kann sich auf die betroffenen Kinder auswirken. Familien sind Lebensformen, in denen Eltern und Kinder zusammen leben. Sie können in Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende unterschieden werden. Familien, in denen nur volljährige Kinder leben, werden hier nicht betrachtet. Lebensformen können erst ab dem Jahr 1996 vergleichbar dargestellt werden.

Familien nach Lebensformtyp

Bei den Berliner Familien mit Kindern unter 18 Jahren ist die traditionelle Ehe als Lebensform von 1996 bis 2014 kontinuierlich zurückgegangen. Während im Jahr 1996 noch in 65,8% aller Familien die Partner miteinander verheiratet waren, traf das im Jahr 2014 nur noch auf 51,9% der Familien zu. Dagegen sind die Anteile moderner Lebensformen deutlich angestiegen: Der Anteil der Lebensgemeinschaften hat sich von 8,6% im Jahr 1996 auf 16,2% im Jahr 2014 verdoppelt und der Anteil der Alleinerziehenden ist von 25,6% (1996) auf 31,9% (2014) angestiegen. Damit hat aktuell jede dritte Familie mit minderjährigen Kindern in Berlin einen alleinerziehenden Elternteil.

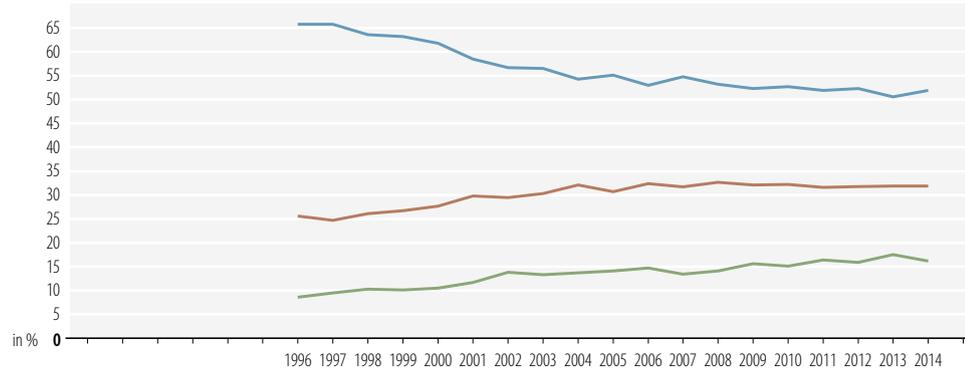
Datenquelle: Mikrozensus

Am stärksten veränderten sich die familialen Lebensformtypen in den östlichen Bezirken. Hier stieg der Anteil der Alleinerziehenden von 1996 bis 2014 um die Hälfte, der Anteil der Lebensgemeinschaften aber auf das Doppelte und der Anteil der Ehepaare ging um ein Drittel zurück. Diese Tendenzen sind in abgeschwächter Form auch in den westlichen Bezirken zu finden. Die Innenstadtbezirke zeigen eine besondere Dynamik: Während der Anteil der Ehepaare bis zum Jahr 2005 zurückging, ist im Jahr 2014 wieder ein Anstieg sichtbar, wobei sich der Anteil der Alleinerziehenden gegenläufig verhält. Er ist im Jahr 2005 höher als 1996 und lag im Jahr 2014 um 5 Prozentpunkte unterhalb des Ausgangswertes.

Anteil der Familien mit Kindern unter 18 Jahren

nach Art der Lebensform

- Ehepaare
- Lebensgemeinschaften
- Alleinerziehende



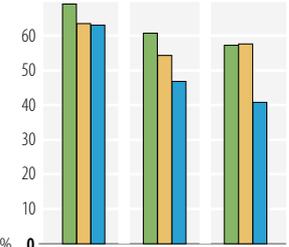
Anteil der Familien mit Kindern unter 18 Jahren

nach Stadtregionen

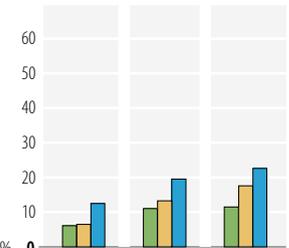
- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke

und Art der Lebensform

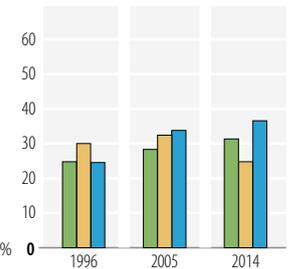
Ehepaare in %



Lebensgemeinschaften in %



Alleinerziehende in %



Was beschreibt der Indikator?

Die Sicherung des Lebensunterhalts aus Erwerbstätigkeit ist ein zentraler Indikator materieller Wohlfahrt vor dem Hintergrund der traditionell hohen Erwerbsneigung der Bevölkerung in Berlin-Ost und den ostdeutschen Bundesländern und dem Wegfall von Arbeitsplätzen in diesen Regionen seit der Wiedervereinigung bzw. der in den letzten Jahren festzustellenden Entwicklung des Arbeitsmarktes hin zu atypischer und prekärer Beschäftigung. Der Anteil des überwiegenden Lebensunterhalts aus Erwerbstätigkeit bezieht sich auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Er beschreibt die Arbeitsmarktteilnahme unter dem besonderen Aspekt der Sicherung des Lebensunterhalts.

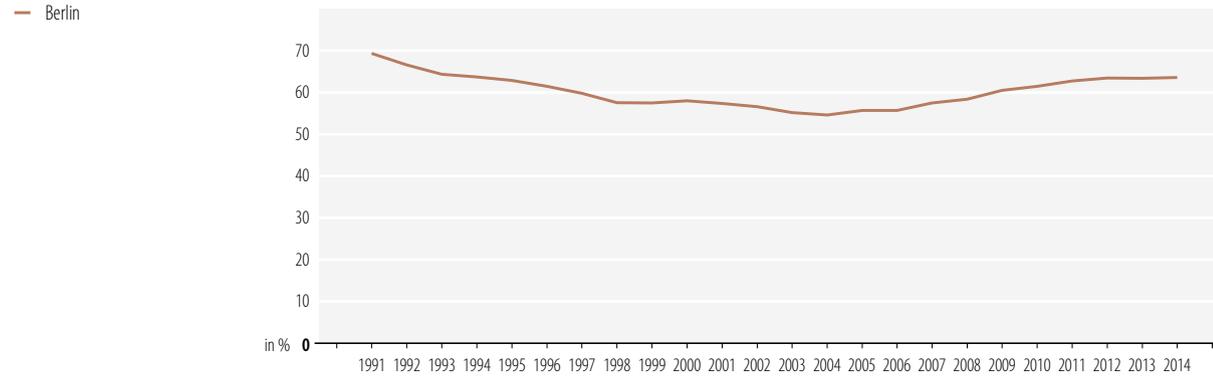
Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit

1991 erzielten fast 70% der Berliner Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit. Dieser Anteil verringerte sich stetig bis auf ein Minimum von 54,6% im Jahr 2004 und stieg danach wieder an. Im Jahr 2012 war ein Niveau von 63,5% erreicht, das sich bis zum Jahr 2014 kaum noch geändert hat.

Mit jeweils deutlich geringeren Quoten 2005 gegenüber 1991 folgen die drei Stadtregionen zwar jeweils dem allgemeinen Trend. Bemerkenswert ist aber, dass in den östlichen Bezirken über alle Zeitpunkte ein deutlich größerer Bevölkerungsanteil seinen Lebensunterhalt hauptsächlich durch Erwerbstätigkeit bestreitet als in den Innenstadtbezirken und in den westlichen Bezirken. Innenstadtbezirke und westliche Bezirke unterschieden sich dagegen kaum.

Datenquelle: Mikrozensus

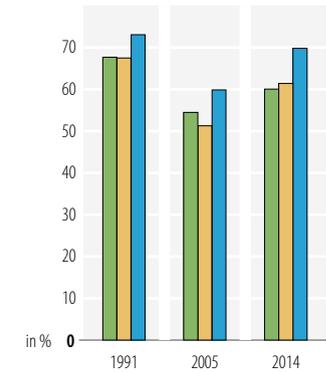
Anteil der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit überwiegender Lebensunterhalt aus Erwerbs-/Berufstätigkeit



Anteil der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit überwiegender Lebensunterhalt aus Erwerbs-/Berufstätigkeit

nach Stadtregionen

- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke



Was beschreibt der Indikator?

Die Armutsgefährdungsquote ist ein zentraler Indikator der materiellen Wohlfahrtsmessung und bezeichnet den Anteil der Bevölkerung, dessen bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen geringer als die Armutsgefährdungsschwelle ist. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60% des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens, das im jeweiligen Bundesland im Mittel erzielt wird. Der Bezug auf das mittlere bedarfsgewichtete Einkommen im Land Berlin berücksichtigt Unterschiede in den Lebenshaltungskosten zwischen

Armutsgefährdungsquote

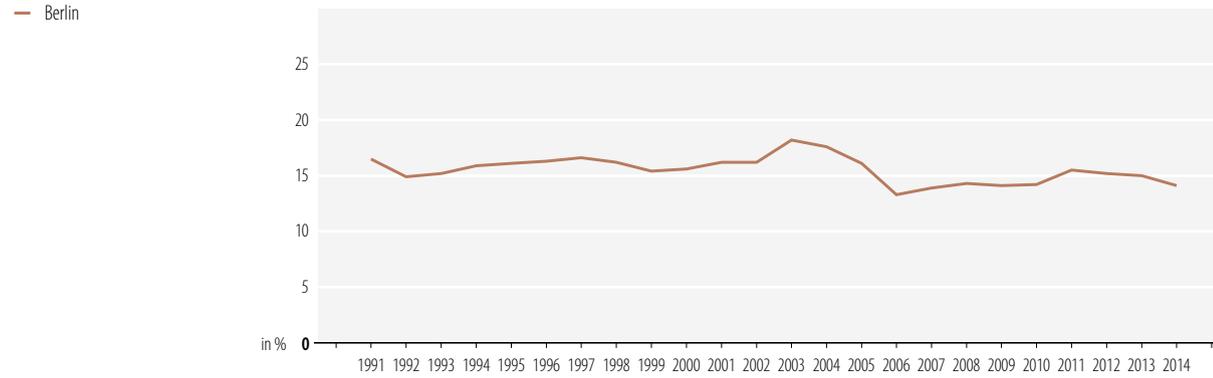
1991 waren 16,5% der Berliner Bevölkerung armutsgefährdet. Dieser Anteil bezieht sich auf das mittlere Einkommen, das in der Stadt zum jeweiligen Zeitpunkt erzielt wird. Im betrachteten Zeitraum wird das Maximum der Armutsgefährdungsquote mit 18,2% im Jahr 2003 erreicht, das Minimum aber schon drei Jahre später mit 13,3% im Jahr 2006. In den letzten Jahren ist nach einem lokalen Maximum im Jahr 2011 mit 15,5% wieder ein stetiges Absinken der Armutsgefährdungsquote auf aktuell 14,1% zu beobachten. Damit vermindert sich gegenwärtig die Einkommensungleichheit in der Stadt, zumindest in der unteren Hälfte des Einkommensspektrums.

den Bundesländern. Die Bedarfsgewichtung bei der Berechnung des Pro-Kopf-Einkommens berücksichtigt den altersabhängigen Einspareffekt, den Mehrpersonenhaushalte gegenüber Einpersonenhaushalten durch ihr gemeinsames Wirtschaften haben.

Im Jahr 1991 werden die großen Einkommensungleichheiten in beiden Stadthälften deutlich: In den östlichen Bezirken war mit 28,5% fast ein Drittel der Bevölkerung armutsgefährdet, in den westlichen Bezirken waren es nur 7,8%. Bis zum Jahr 2014 hat sich die Armutsgefährdungsquote in den östlichen Bezirken um fast zwei Drittel auf 10,7% verringert, in den westlichen Bezirken aber auf 14,7% verdoppelt. In den Innenstadtbezirken lag die Armutsgefährdungsquote zu allen drei Betrachtungszeitpunkten etwa bei 20%. Diese Entwicklungen sprechen für eine starke Angleichung des Einkommensniveaus in den östlichen und westlichen Bezirken. Wendebedingte regionale Einkommensungleichheiten sind schon seit dem Betrachtungszeitpunkt 2005 nicht mehr feststellbar. Die Armutsgefährdungsquote der östlichen Bezirke lag seitdem sogar unterhalb der der westlichen Bezirke. Im Jahr 2014 gab es die größten regionalen Disparitäten mit einem Unterschied von 7,8 Prozentpunkten zwischen den östlichen Bezirken und den Innenstadtbezirken.

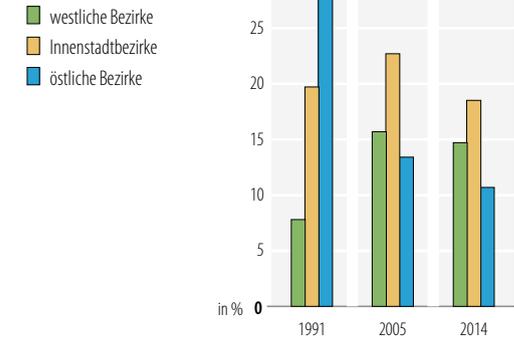
Datenquelle: Mikrozensus

Armutsgefährdungsquote



Armutsgefährdungsquote

nach Stadtregionen



Was beschreibt der Indikator?
Zwar gibt es seit 1994 eine Statistik zu den Kindertageseinrichtungen, aber bis einschließlich 2002 wurden lediglich in einem Vierjahresrhythmus die Zahl der Einrichtungen, die Träger, das Personal und die zur Verfügung stehenden Kindertagesplätze, nicht jedoch die Anzahl der betreuten Kinder und deren Altersstruktur erfragt. Der wachsenden Bedeutung der Kinderbetreuung Rechnung tragend, erfolgte 2006 eine vollständige Neugestaltung der Erhebung mit Hauptaugenmerk auf die betreuten Kinder. Grundlage dafür ist das Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsgesetz (KICK) vom 1. Oktober 2005, das auch Eingang in das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) fand. Damit wurden wichtige Im-

Kindertagesbetreuung

Das Angebot der Kindertagesbetreuung ist in Berlin gut ausgebaut. 2014 wurden in 2251 Einrichtungen 154 609 Plätze bereitgehalten. Durch die Gesetzesänderung 2005 und die damit verbundene Neudefinierung des Begriffes „Einrichtung“ ist eine Vergleichbarkeit zu den Vorjahren nicht mehr vollständig gewährleistet. Die Anzahl der Einrichtungen hat sich von 2 037 im Jahr 1994 auf 1712 im Jahr 2006 und die Anzahl der Plätze von 151 290 (1994) auf 124 136 (2006) deutlich reduziert. Seit 2006 stieg die Zahl der Tageseinrichtungen kontinuierlich auf 2 251 im Jahr 2014 an. Die positive Entwicklung spiegelt sich auch in der Anzahl der Plätze, des Personals und der betreuten Kinder wider. Allerdings übernehmen immer mehr freie Träger die Aufgabe der Kindertagesbetreuung. 2006 waren 20,3% (348) aller Einrichtungen in öffentlicher Hand, im Jahr 2014 wa-

pulse für die Förderung von Kindertagesstätten und Tagespflegeplätzen gesetzt. Die Entwicklung der vorhandenen und besetzten Kindertagesplätze ist ein Beleg dafür.

ren es nur noch 13,1% (294). Die Zahl der von freien Trägern betriebenen Einrichtungen stieg im gleichen Zeitraum von 1 364 auf 1 957 (+43,5%).

Insgesamt wurden zum Stichtag 1. März 2014 in den Berliner Einrichtungen 141 347 Jungen und Mädchen (Nichtschul Kinder) betreut, was einen Zuwachs von 33,9% gegenüber 2006 bedeutet. Die Eltern weiterer 6 066 Kinder nutzten die Angebote der öffentlich geförderten Kindertagespflege (2006: 4 281 Kinder). In den östlichen Bezirken ist die Anzahl der betreuten Kinder in den letzten acht Jahren am stärksten gestiegen; von 36 443 auf 52 417 Kinder (+43,8%).

In Berlin ist die Betreuung der Schulkinder in Horteinrichtungen nicht dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zugeordnet und wird demnach hier nicht statistisch erfasst. Die Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder ist im betrachteten Zeitraum um 8,3 Prozentpunkte auf 46,2% gestiegen. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen ist eine Steigerung um 7 Prozentpunkte auf 95,4% zu verzeichnen.

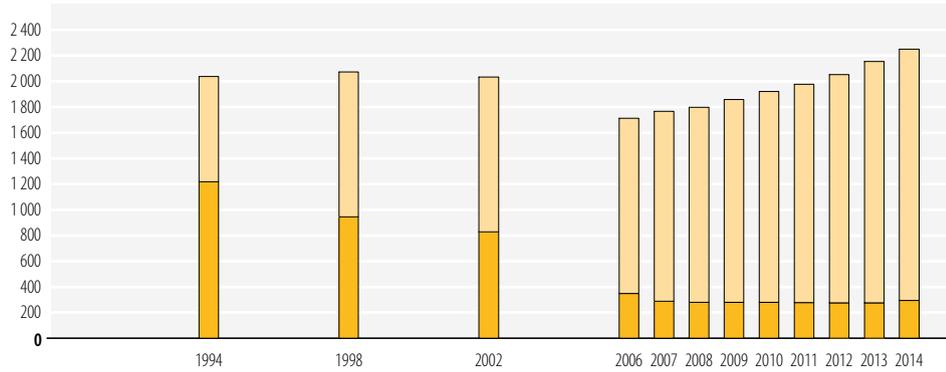
Für 96 162 Kinder hatten die Eltern eine Ganztagesbetreuung – eine durchschnittliche Betreuungszeit von mehr als 35 Stunden pro Woche – vereinbart. Dies entspricht einem Anteil von 65% aller betreuten Kinder (März 2006: 56,8%). 43 085 Mädchen und Jungen bzw. 29,2% besuchten eine Tageseinrichtung mehr als 25 bis zu 35 Stunden pro Woche und weitere 8 166 Kinder bzw. 5,5% wurden bis zu 25 Stunden pro Woche betreut.

Die Zahl des beschäftigten Personals ist kontinuierlich gestiegen. Dies korrespondiert mit den gestiegenen Betreuungszahlen. Im März 2014 waren 29 251 Personen (2006: 18 753 Personen) in den Kindertageseinrichtungen tätig, 25 428 von ihnen im pädagogischen sowie Leitungs- und Verwaltungsbereich und 3 823 im hauswirtschaftlichen Bereich sowie 1 703 Tagespflegepersonen (2006: 1 342 Personen).

Datenquelle: Statistiken der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege

Einrichtungen der Kindertagesbetreuung

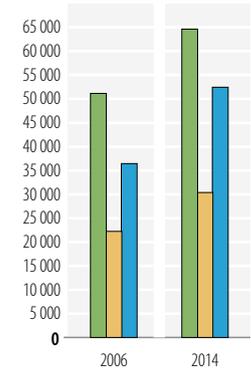
- freie Träger
- öffentliche Träger



Kinder in der Tagesbetreuung

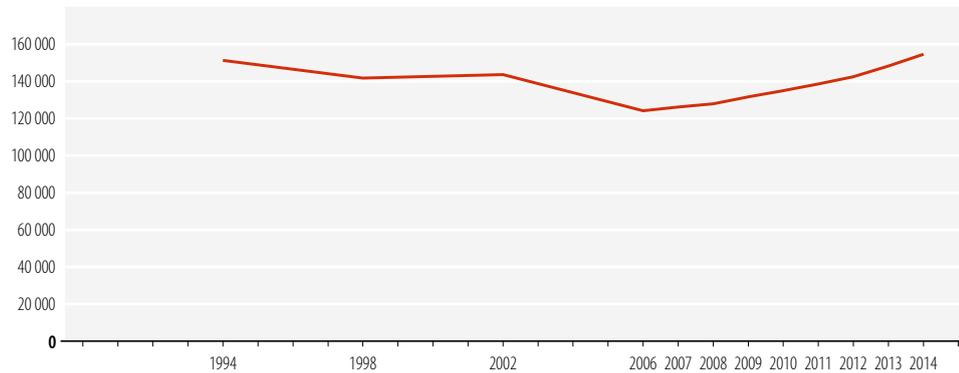
nach Stadtregionen

- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke



Anzahl der Plätze in der Kindertagesbetreuung

- Berlin



Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen

Was beschreibt der Indikator?

Als Schulentlassene der allgemeinbildenden Schulen werden diejenigen Schülerinnen und Schüler gezählt, die nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht mit einem Abschluss- oder Abgangszugnis eine allgemeinbildende Schule verlassen und nicht zur Weiterqualifikation an eine Schule einer anderen allgemeinbildenden Schulart wechseln.

Bei der Betrachtung der beim Verlassen der allgemeinbildenden Schule erreichten Schulabschlüsse muss berücksichtigt werden, dass sich durch Schulreformen die Abschlüsse geändert haben: Insbesondere ist der Realschulabschluss durch den mittleren Schulabschluss (MSA) ersetzt worden und der Hauptschulabschluss durch die Berufsbildungsreife (BBR), von der es – analog zum Hauptschulabschluss – mit

Die Entwicklung des Volumens der allgemeinbildenden Schulabschlüsse ist stark an die Bevölkerungsentwicklung in Berlin gebunden. Über die lange Zeitspanne sind deutlich der massive Anstieg der Zahl der Absolventen ab den frühen 1990er Jahren zu erkennen und der kaum weniger deutliche Rückgang ab etwa 2005: Hier zeigen sich die Effekte der stetig anwachsenden Geburtenrate in den 1980er Jahren sowie der massive Geburteneinbruch nach der Wiedervereinigung.

der erweiterten Berufsbildungsreife (eBBR) auch eine qualifiziertere Version gibt. Für die Zwecke der Statistik sind diese neuen Abschlüsse aber mit den früheren Abschlüssen gleichzusetzen. Nicht berücksichtigt werden hier Schulabschlüsse, die nach dem Besuch der allgemeinbildenden Schule erworben wurden, etwa in Zusammenhang mit Berufsausbildungen oder über den zweiten Bildungsweg.

Auffällig ist, dass die allgemeine Hochschulreife den Realschulabschluss seit 2005 als häufigsten Abschluss abgelöst hat und seit nunmehr acht Jahren gute 40% der Schülerinnen und Schüler, die die allgemeinbildende Schule verlassen, diesen Abschluss vorweisen können. In den letzten beiden Abschlussjahrgängen belief sich der Anteil sogar auf über 45% und lag damit deutlich über dem entsprechenden Anteil auf Bundesebene (35%). War es in früheren Jahren noch der Regelfall, dass junge Menschen mit Hochschulreife auch ein Hochschulstudium aufnahmen, entscheiden sich in den letzten Jahren immer mehr von ihnen, eine klassische Berufsausbildung im dualen System aufzunehmen – das setzt die Inhaber der weniger qualifizierteren Abschlüsse auf diesem Markt erkennbar unter Druck.

In Berlin verlassen seit etlichen Jahren mit leicht abnehmender Tendenz rund ein Fünftel der Jugendlichen die allgemeinbildende Schule mit einem (erweiterten) Hauptschulabschluss. Absolventen mit diesen Abschlüssen haben es auf dem Ausbildungsmarkt zunehmend schwerer. Der Anteil der Schulabgänger ohne allgemeinbildenden Schulabschluss hat sich bei uneinheitlicher Tendenz insgesamt verringert und liegt seit nunmehr drei Jahren unter der 10%-Marke; im Vergleich zum Wert auf Bundesebene (2013: 5,2%) ist dieser allerdings immer noch sehr hoch.

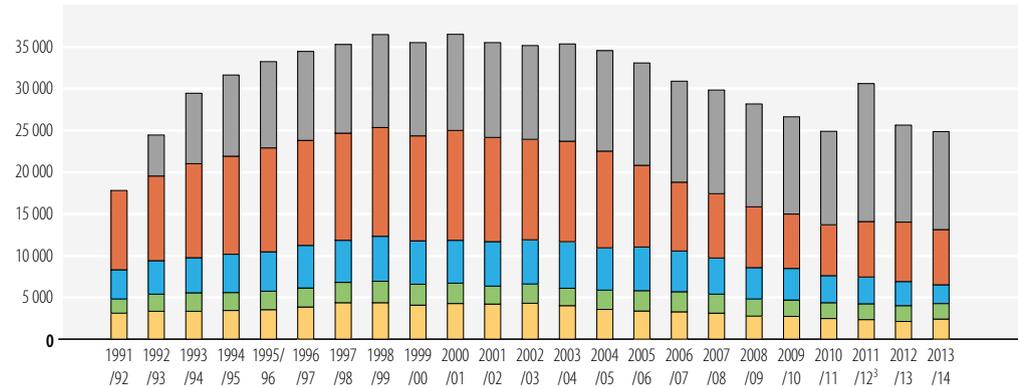
Vergleicht man die Abschlussanteile von Frauen und Männern, fällt auf, dass der Frauenanteil bei den Personen mit Haupt- und Realschulabschlüssen geringer und bei denen mit Hochschulreife höher ist. Dieser Effekt ist nicht unüblich und zeigt sich in anderen Ländern oft in noch stärkerem Maße.

Datenquelle: Statistik der Absolventinnen und Absolventen/Abgängerinnen und Abgänger der allgemeinbildenden Schulen

Schulclassene der allgemeinbildenden^{1,2} Schulen

nach Abschluss

- mit ...
- allgemeiner Hochschulreife
- mittlerem Schulabschluss
- erweitertem Hauptschulabschluss/
erweiterter Berufsbildungsreife
- Hauptschulabschluss/
Berufsbildungsreife
- ohne Abschluss



1 BB10-bereinigt, d. h. ohne Übergänge zu Lehrgängen an beruflichen Schulen, die im 10. Jahr der allgemeinen Schulpflicht besucht werden (BB10- und BV10-Lehrgänge), einschließlich der Abgänge aus diesen Lehrgängen (ohne oder mit Abschluss)

2 ohne Zweiten Bildungsweg

3 doppelter Abiturjahrgang

Was beschreibt der Indikator?

Studierende sind alle in einem Fachstudium als Haupt- oder Nebenhörer eingeschriebenen Personen ohne Beurlaubte, Gasthörer und Studienkollegiaten. Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester sind alle Studierenden, die sich erstmalig an einer Hochschule in Deutschland eingeschrieben haben. Für die Studierenden wurden die Daten der Wintersemester und für die Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester jeweils die Daten für ein Studienjahr (Sommersemester und folgendes Wintersemester) zugrunde gelegt. In die Erhebung einbezogen werden die Studierenden aller staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen unabhängig von der Trägerschaft.

Studierende, Studienanfängerinnen und -anfänger

Im Wintersemester 2014/2015 waren an den staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in Berlin 171.263 Studierende eingeschrieben. Das ist der Höchststand seit dem Wintersemester 1992/1993, dem Beginn der Erhebung nach dem zurzeit geltenden Hochschulstatistikgesetz. 49,5% davon waren Frauen.

Auch für ausländische Studierende werden die Berliner Hochschulen zunehmend attraktiver. Die Anzahl der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit hat sich im gleichen Zeitraum fast verdoppelt. Das bedeutet eine Steigerung des Anteils ausländischer Studierender an den Studierenden insgesamt seit dem Wintersemester 1992 von 10,1% auf 17,3%.

Datenquelle: Hochschulstatistik

Noch deutlicher zeigt sich die gewachsene Internationalität der Berliner Hochschulen bei der Betrachtung der Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester. Insgesamt stieg ihre Anzahl um 72,1%. Die Zahl der ausländischen Studienanfängerinnen und -anfänger hat sich gegenüber 1993 etwa vervierfacht. Im Studienjahr 2014 hatte mehr als jede/r dritte Studienanfänger/in (36,6%) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Im Studienjahr 1993 waren es lediglich 15,8%.

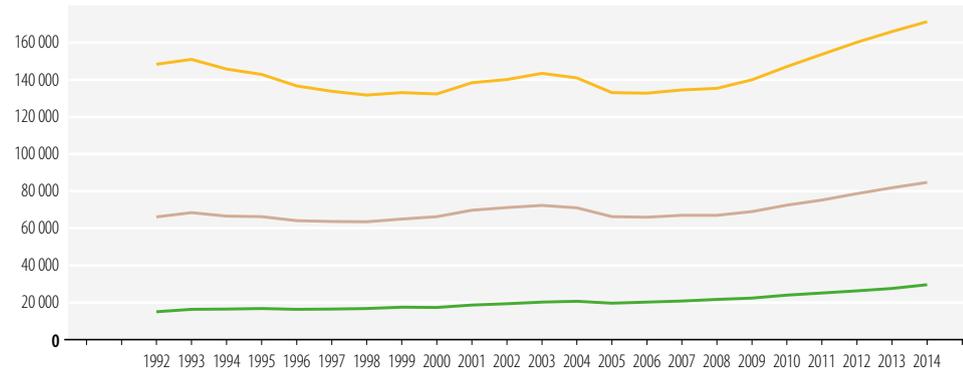
Die Berliner Hochschullandschaft hat sich auch dahingehend geändert, dass neben den renommierten staatlichen Universitäten, Kunsthochschulen und Fachhochschulen mehrere Hochschulen in freier Trägerschaft gegründet und staatlich anerkannt wurden. Im Wintersemester 2014/2015 waren acht Universitäten, eine Kunsthochschule und 23 Fachhochschulen in freier Trägerschaft mit Studienbetrieb in Berlin staatlich anerkannt. Außerdem gibt es in Berlin noch Standorte von Hochschulen in freier Trägerschaft, welche in anderen Bundesländern staatlich anerkannt wurden.

Seit dem Wintersemester 1999/2000 werden die neu eingeführten Bachelor- und Masterstudiengänge statistisch nachgewiesen. Inzwischen gibt es fast keine Diplomstudiengänge mehr, sondern es werden überall die gestuften Studiengänge angeboten. Seit dem Wintersemester 2006/2007 werden auch die Lehramtsstudiengänge in gestufter Form angeboten. Im Wintersemester 2014/2015 strebten 56,0% aller Studierenden einen Bachelorabschluss an und weitere 23,8% einen Masterabschluss.

Studierende insgesamt

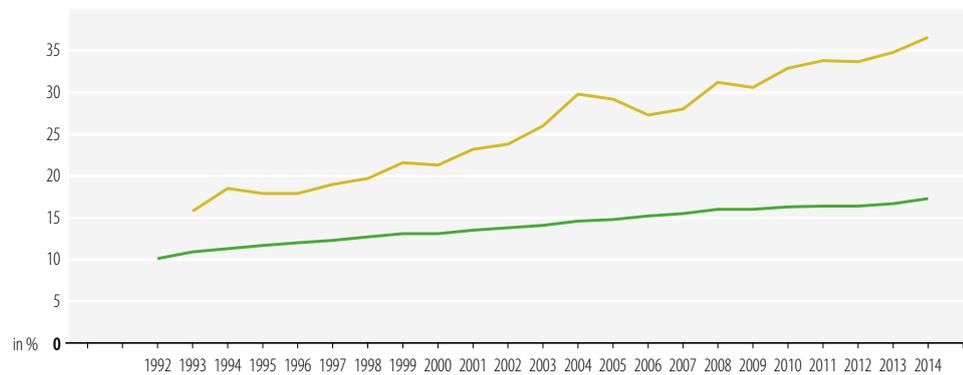
nach Geschlecht
und Staatsangehörigkeit

- Studierende insgesamt
- Frauen
- Ausländ. Studierende



Anteil ausländischer Studierender und ausländischer Studienanfänger

- Anteil ausländ. Studierender an Studierenden insgesamt
- Anteil ausländ. Studienanfänger an Studienanfängern insgesamt



Was beschreibt der Indikator?
 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gilt als Indikator der wirtschaftlichen Leistung. Seine Veränderungsrate ist das Wirtschaftswachstum und damit die zentrale Größe der Konjunkturbeobachtung. Das BIP umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert abzüglich der Vorleistungen.

Bruttoinlandsprodukt

Für die Berliner Wirtschaft war die Deutsche Wiedervereinigung Ausgangspunkt einer wechselvollen, aber erfolgreichen Entwicklung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Wert aller erzeugten Waren und Dienstleistungen stieg von 65 739 Mill. EUR im Jahr 1991 auf 109 186 Mill. EUR im Jahr 2013. Das Wirtschaftswachstum, die preisbereinigte Veränderungsrate des BIP, war zu Beginn der 1990er Jahre recht hoch. Wachstumsimpulse kamen von einer vereinigungsbedingt zusätzlichen Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen aus Berlin-West sowie vom Aufholprozess in Berlin-Ost. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre folgte ein tiefgreifender Umgestaltungsprozess der Berliner Wirtschaft mit Stagnation und negativen Wachstumsraten auch noch im neuen Jahrtausend. 14 Jahre nach der Wiedervereinigung befand sich die Wirtschaftsleistung unter dem Ausgangsniveau des Jahres 1991. Im Ergebnis dieses Umgestaltungsprozesses entstand jedoch eine modernere Industrie- und Dienstleis-

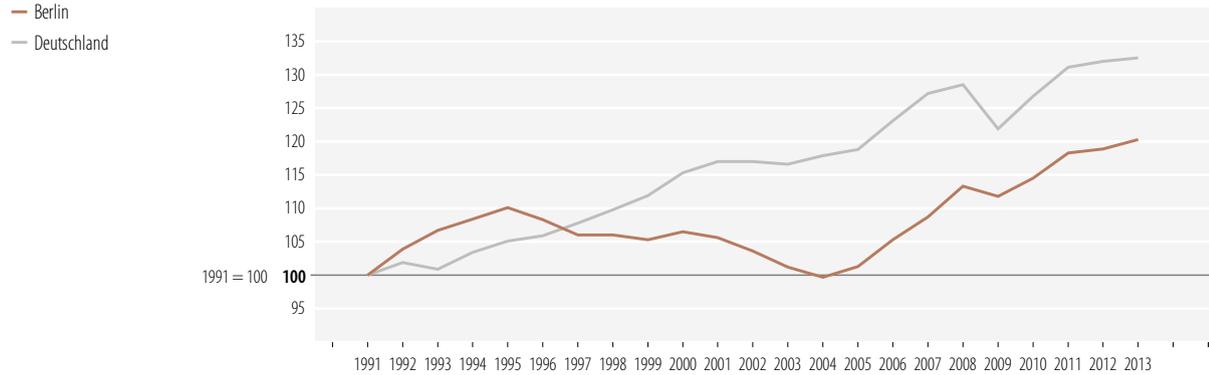
tungsstruktur, die die Berliner Wirtschaft ab 2005 zurück auf den Wachstumspfad brachte. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat diese Entwicklung nicht aufgehalten. Aufgrund der dienstleistungsorientierten Struktur fiel die Wirtschaftsleistung 2009 nur um 1,3%, während sie in Deutschland um 5,1% zurückging. Im Zeitraum 2005 bis 2013 konnte Berlin mit 18,8% ein deutlich stärkeres Wirtschaftswachstum als Deutschland mit 11,6% verzeichnen.

Das Berliner BIP des Jahres 1991 wurde von 1 699 000 Erwerbstätigen erwirtschaftet, das des Jahres 2013 von 1 788 000 Erwerbstätigen. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes BIP je Erwerbstätigen, konnte 2013 gegenüber dem ersten Jahr nach der Wiedervereinigung mit 14,3% weniger gesteigert werden als in Deutschland (22,6%). Rückläufige Erwerbstätigenzahlen führten zusammen mit dem starken Anstieg der Wirtschaftsleistung in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung zwar dazu, dass das BIP je Erwerbstätigen, gemessen in jeweiligen Preisen, für einige Jahre oberhalb des Bundesdurchschnitts lag – mit einem Höchstwert von 103,8% des Bundesniveaus in 1993. Mit der wachsenden Bedeutung der Dienstleistungsbereiche entwickelte sich das BIP je Erwerbstätigen jedoch weniger stark als in Ländern mit größerem Anteil produzierender Bereiche sowie Deutschland insgesamt. Im Jahr 2013 betrug das BIP je Erwerbstätigen in Berlin nur noch 93,3% des Bundeswertes.

Datenquelle: Ergebnisse des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGRdL), Berechnungsstand August 2013/Februar 2014.

Da zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Broschüre noch keine revidierten langen Zeitreihen der regionalen VGR nach der Revision 2014 vorlagen, wurde auf Ergebnisse des vorhergehenden Rechenstandes zurückgegriffen.

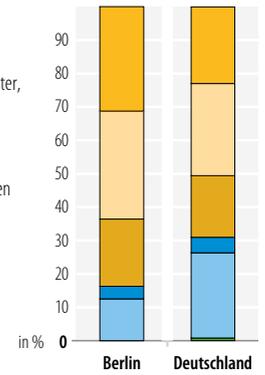
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet), 1991=100



Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen 2013

Anteile der Wirtschaftsbereiche

- Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit
- Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen
- Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation
- Baugewerbe
- Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei



Was beschreibt der Indikator?

Die Gewerbeanzeigenstatistik hat die Aufgabe, das verwaltungsrechtliche Meldegeschehen bei den gewerblich tätigen Betrieben in seiner Gesamtheit darzustellen und liefert damit wichtige Indikatoren für das Gründungs- und Stilllegungsgeschehen der letzten 25 Jahre. Die Gewerbeordnung regelt, wie jede Gründung, Umwandlung, Aufgabe und Verlagerung einer gewerblichen Tätigkeit vom Gewerbetreibenden bei dem zuständigen Gewerbeamt in Form einer Gewerbean-, -um- bzw. -abmeldung anzuzeigen ist. Erfasst werden hierbei u. a. Informationen über die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit, Rechtsform, Zahl der tätigen Personen sowie Grün-

Gewerbean- und -abmeldungen

Ein Blick auf die Anzahl der Anmeldungen von Gewerbebetrieben in Berlin seit 1991 zeigt, dass nach dem anfänglichen Gründungsboom mit bis zu 44 000 Anmeldungen im Jahr 1995 eine kontinuierliche Abnahme der Anmeldungen bis zum Jahr 2001 um knapp 30% zu verzeichnen war. Erst ab dem Jahr 2003 führten Fördermaßnahmen in Form sogenannter Ich-AGs sowie Gründungen, die mit Hilfe eines Überbrückungsgeldes der Bundesanstalt für Arbeit gefördert wurden, zu einem kurzfristigen Anstieg der Existenzgründungen, der seinen Höhepunkt im Jahr 2004 mit über 47 000 angemeldeten Gewerben erreichte. Von 2005 bis 2009 kam es zu einem leichten Rückgang. Nach einem temporären Anstieg auf bis zu 48 000 Anmeldungen im Jahr 2012, hat sich ein konstantes Niveau von jährlich ca. 46 000 angemeldeten Gewerben ergeben.

de, die für die Meldung maßgeblich waren. Anzeigepflichtig ist jede erlaubte selbstständige Tätigkeit, die auf Dauer angelegt ist und mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben wird. Ausge-

nommen von der Anzeigepflicht sind die Urproduktion (wie Land- und Forstwirtschaft sowie Bergbau), die freien Berufe sowie Versicherungsunternehmen und die Verwaltung eigenen Vermögens.

Die Entwicklung der Anzahl der Gewerbeabmeldungen verläuft in Abhängigkeit von den Schwankungen im Bereich der Gewerbeanmeldungen. Nach den verstärkten Gründungsaktivitäten Anfang der 1990er Jahre stieg auch die Anzahl der Betriebsaufgaben kontinuierlich an, allerdings auf niedrigerem Niveau. Nach der zweiten großen Gründungswelle 2004 ist dagegen kein bedeutender Zuwachs an Gewerbeabmeldungen mehr zu verzeichnen, was zum Teil auch daran liegen kann, dass viele Kleinstunternehmer die beabsichtigte Existenzgründung gar nicht erst aufgenommen bzw. nicht abgemeldet haben.

Die Art der künftig auszuübenden gewerblichen Tätigkeit hat sich von den Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes und Handels in die übrigen Wirtschaftsbereiche (Dienstleistun-

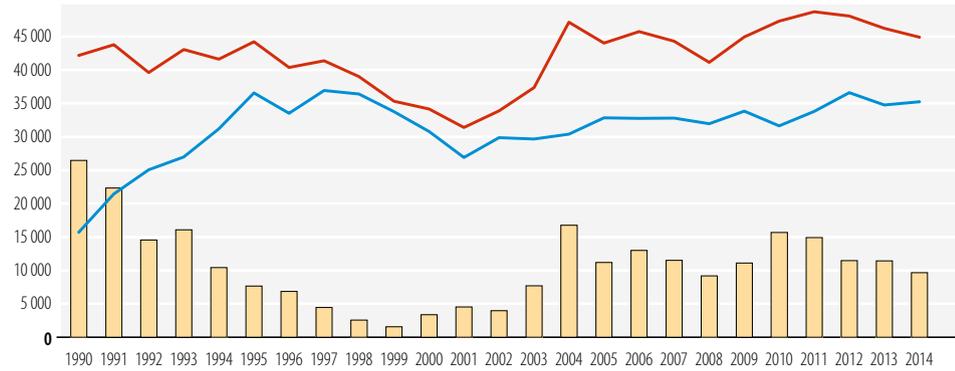
gen, Gesundheits- und Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung und Erholung) verlagert. Hatten im Jahr 1991 noch 35% der angemeldeten Betriebe die Absicht, im Handel tätig zu sein, ist dies im Jahr 2014 nur noch bei 16% der Betriebe der Fall. Im Baugewerbe hat sich dagegen der Anteil der angemeldeten Gewerbe mehr als verdreifacht. Relativ stabil geblieben ist der Anteil der angemeldeten Tätigkeiten im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie im Gastgewerbe.

Die Bildung eines Saldos von An- und Abmeldungen ist zwar nur begrenzt aussagefähig, da in der Regel die Anzahl der Gewerbeabmeldungen stark unterzeichnet ist und damit die wirtschaftliche Realität nur begrenzt widerspiegelt, lässt aber die positive Entwicklung des Gründungsgeschehens zu Beginn der 1990er Jahre und in den Jahren 2003 und 2004 deutlich erkennen. Auch in den Jahren der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 und 2010 zeigt das gesteigerte positive Saldo, dass entgegen den allgemeinen Erwartungen mehr Gewerbe an- als abgemeldet wurden.

Datenquelle: Gewerbeanzeigenstatistik

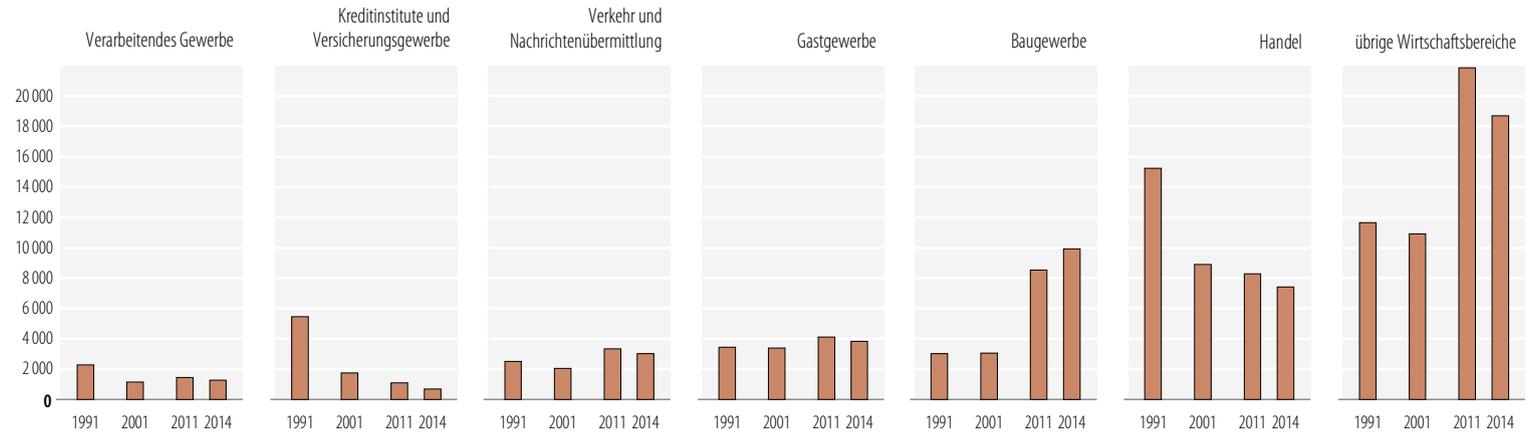
Gewerbeanzeigen

- Anmeldungen
- Abmeldungen
- Saldo



Gewerbebeanmeldungen

nach Wirtschaftsbereichen



Was beschreibt der Indikator?

Der Tourismus ist seit vielen Jahren ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt Berlin. Die Beherbergungsstatistik zeichnet diese Entwicklung nach. Als Beherbergungsstätten gelten Einrichtungen mit zehn (bis 2009 neun) und mehr Gästebetten, die dazu dienen, Gästen im Reiseverkehr eine Übernachtungsmöglichkeit bereitzustellen. Beherbergungsstätten und Campingplätze für Urlaubscamping mit zehn (bis 2009 drei) und mehr Stellplätzen werden als Beherbergungsbetriebe zusammengefasst.

Tourismus

Wurden bereits in den 1990er Jahren in Berlin zahlreiche Beherbergungseinrichtungen, vollständig um- bzw. ausgebaut sowie neue errichtet, so setzt sich auch über das Jahr 2014 diese Entwicklung fort. Bis 2014 bedeutet dies die Verdreifachung des Bettenangebotes auf 135 300, das gleichzeitig mit dem Entstehen größerer Häuser (über 250 Betten) unter den insgesamt 800 Beherbergungsstätten einherging. Marktbestimmend in Berlin sind die Hotels, die über mehr als die Hälfte des gesamten Bettenangebots verfügen, gefolgt von den Hotels garnis (rund 30%). Auch bei den Jugendherbergen, Hostels und ähnlichen Betrieben zeigt sich eine deutliche Zunahme. Bis zum Jahr 2000 wurden in diesem Segment kaum 1 000 Betten angeboten, 14 Jahre später hatte sich das Angebot auf 18 200 Betten ausgeweitet (13,5% des gesamten Übernachtungsangebotes). Die oftmals zentral bzw. in Szenebezirken gelegenen Häuser erfreuen sich bei in- und aus-

ländischen Besuchern großer Beliebtheit, wie die seit Jahren überdurchschnittliche Bettenauslastung (2014: 55,9%) zeigt, die nur in den Hotels höher ausfällt (2014: 60%). Unter Berücksichtigung der erheblichen Angebotserweiterung hat die durchschnittliche Bettenauslastung für alle Berliner Beherbergungseinrichtungen mit nunmehr 58,3% im Jahr 2014 sogar gegenüber 1992 (50,2%) noch zugenommen.

In dem zum ehemaligen Berlin-West gehörenden Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf erfuhr das Bettenangebot mit insgesamt 28 000 Betten nahezu eine Verdoppelung, die lediglich im Bezirk Mitte durch eine annähernde Vervierfachung auf nunmehr 51 000 Betten im Jahr 2014 übertroffen wird. In demselben Bezirk konzentriert sich das größte Bettenangebot in Jugendherbergen, Hostels und ähnlichen Betrieben (7 700), gefolgt vom Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (4 600 Betten). Ergänzt wird das Berliner Übernachtungsangebot durch je nach Jahreszeit bis zu elf Campingplätze, die sich u. a. in Spandau, Reinickendorf und Treptow-Köpenick befinden.

Das bereits seit Beginn der 1990er Jahre anhaltende große touristische Interesse an Berlin ließ die Zahl der Gäste aus dem In- und Ausland um etwa das Vierfache auf fast 12 Mill. und die der gebuchten Übernachtungen auf 28,7 Mill. bis 2014 ansteigen. Mit dieser stetigen Zunahme ist Berlin seit vielen Jahren nicht nur die meistbesuchte deutsche Stadt, sondern ihr Tourismus verlief auch zur bundesweiten Entwicklung überdurchschnittlich, sodass der Anteil am Gesamtaufkommen Deutschlands bis 2014 zunahm (+4 Prozentpunkte). Gleichzeitig wuchs dabei das Gäste- und Übernachtungsaufkommen ausländischer Besucherinnen und Besucher schneller (2014: 38,1% bzw. 43,6%) als bundesweit (2014: 20,5% bzw. 17,8%). Traditionell wird Berlin hauptsächlich von Gästen mit ständigem Wohnsitz im europäischen Ausland besucht (2014: 72,4% aller Auslands-gäste), vor allem aus dem Vereinigten Königreich, aus Italien, den Niederlanden und

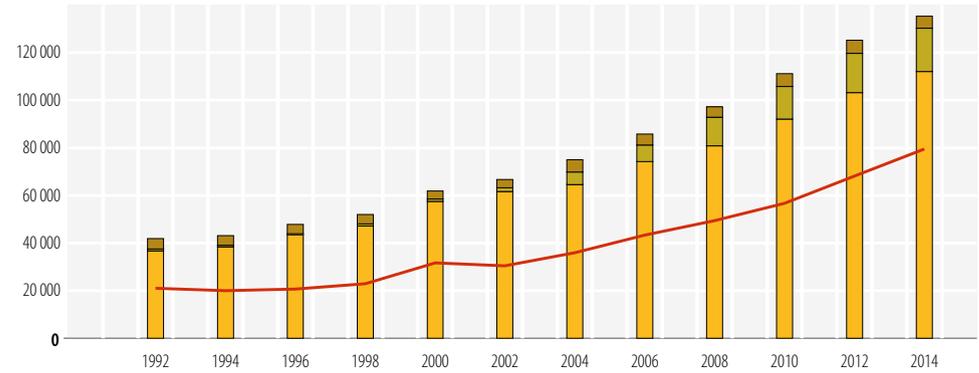
Datenquelle: Beherbergungsstatistik

seit 2003 auch Spanien. Vom amerikanischen Kontinent kommen überwiegend Gäste mit einem Pass der Vereinigten Staaten von Amerika. Insbesondere in den letzten 10 Jahren weisen die Zahlen der Gäste und Übernachtungen aus osteuropäischen Ländern, wie Polen, Ungarn oder Tschechische Republik, ebenfalls überdurchschnittliche Zuwächse auf, wenngleich die absoluten Größen im Vergleich zu den erstgenannten Ländern noch geringer ausfallen. Internationale Gäste hielten sich 2014 durchschnittlich 2,8 Tage und Besucherinnen und Besucher aus dem Inland 2,2 Tage in Berlin auf.

Bettenangebot und Bettenauslastung in den Beherbergungsstätten

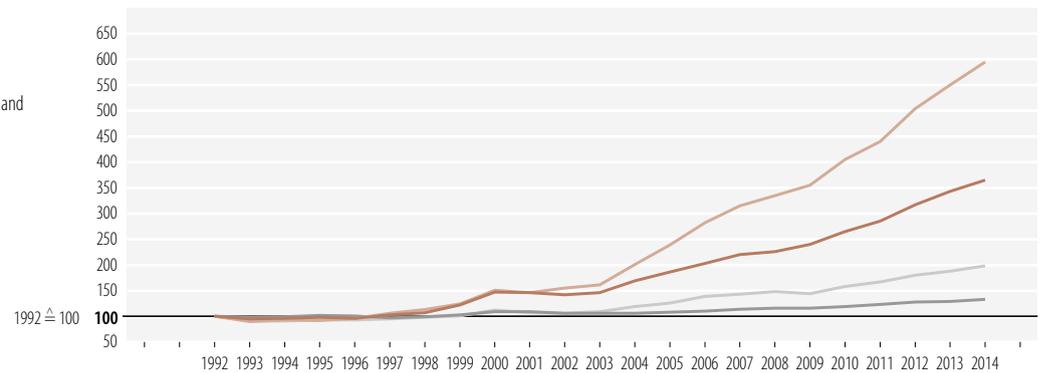
nach Betriebsarten

- Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen
- Jugendherbergen u. ähnl. Betriebe
- andere Beherbergungsstätten
- Auslastung



Entwicklung der Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben

- Berlin insgesamt
- Auslandsgäste in Berlin
- Deutschland insgesamt
- Auslandsgäste in Deutschland



Umwelt

42

Was beschreibt der Indikator?

Der Indikator CO₂-Emissionen ist definiert als die Gesamtmenge aller Kohlenstoffdioxid-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch in Mill. Tonnen. Mit Primärenergie wird Energie aus Energieträgern, die in der Natur vorkommen und technisch noch nicht umgewandelt sind, bezeichnet.

Der Indikator erlaubt Rückschlüsse auf die Minderung des Treibhausgases CO₂. Da eine CO₂-Reduktion mit einer Verringerung des Verbrauchs emissionsintensiver fossiler Energieträger einhergeht, erlaubt dieser Indikator Rückschlüsse auf die Entwicklung des Energieträgereinsatzes (z. B. Reduzierung fossiler und Zunahme erneuerbarer Energien) und die Wirksamkeit von Energieeinspar- und -effizienzmaßnahmen.

CO₂-Emissionen nach Quellenbilanz

Seit dem Jahr 1995 erfolgt in den Bundesländern die Erstellung der Energiebilanz nach einer einheitlichen Methodik. Grundlage hierfür bilden zum einen die Erhebungen im Energiesektor, welche durch das Energiestatistikgesetz geregelt sind. Zum anderen liefern verschiedene Institutionen, wie Kohle- und Stahlverbände u. a. wichtige Daten für die jährliche Berechnung. Die Kohlenstoffdioxid-Emissionen werden seit dem Jahr 1998 ebenfalls nach einheitlicher Methodik errechnet.

Die Gesamtmenge der Kohlenstoffdioxid-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (Quellenbilanz) ist in Berlin rückläufig. Zwischen 1990 und 2012 sanken die Werte von 26,9 Mill. Tonnen auf 18,8 Mill. Tonnen. Das entspricht einem Rückgang um 30,1%. Bei der Betrachtung der einzelnen Energieträger ist festzustellen, dass die Emissionen aus dem Verbrauch von Erdgas gegenüber 1990 zugenommen haben (+111,5%). Dem entgegen steht eine Reduzierung der Emissionen der Energieträger Steinkohle und Braunkohle (-55,3% bzw. -70,3%). In Berlin resultieren die meisten Emissionen aus den Energieträgern Mineralöle und Erdgas. Beide haben zusammen einen Anteil von 74,2% am Gesamtausstoß.

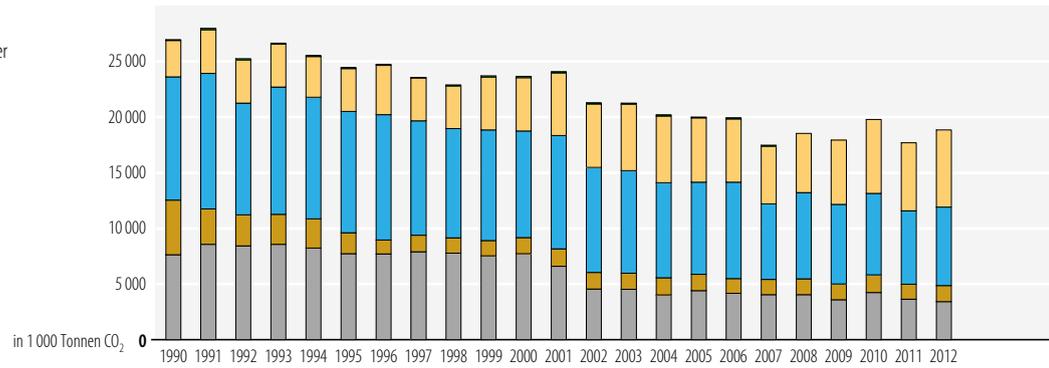
Werden die Emissionen nach der Energieverwendung betrachtet, fällt auf, dass insbesondere der Umwandlungssektor (Strom- bzw. Fernwärmeerzeugung) gegenüber 1990 weniger als die Hälfte emittiert (-51,4%). Die Emissionen in den Sektoren Verkehr und Haushalte sowie Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher liegen hingegen in etwa auf dem Niveau von 1990.

Datenquelle: Energie- und CO₂-Bilanz

CO₂-Emissionen

nach Quellenbilanz

- sonstige Energieträger
- Gase
- Mineralölprodukte
- Braunkohle
- Steinkohle



Arbeitsmarkt

44

Was beschreibt der Indikator?

Die Erwerbstätigenquote ist ein zentraler Indikator zur Arbeitsmarktentwicklung vor dem Hintergrund der traditionell hohen Erwerbsneigung der Bevölkerung in Berlin-Ost und den ostdeutschen Bundesländern und dem Wegfall von Arbeitsplätzen in diesen Regionen seit der Wiedervereinigung. Sie beschreibt den Anteil Erwerbstätiger in der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Als erwerbstätig gelten nach dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation (ILO) alle Personen ab 15 Jahren, wenn sie mindestens eine Stunde in der Woche einer bezahlten Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen, ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft selbstständig betreiben oder einen Freien Beruf ausüben.

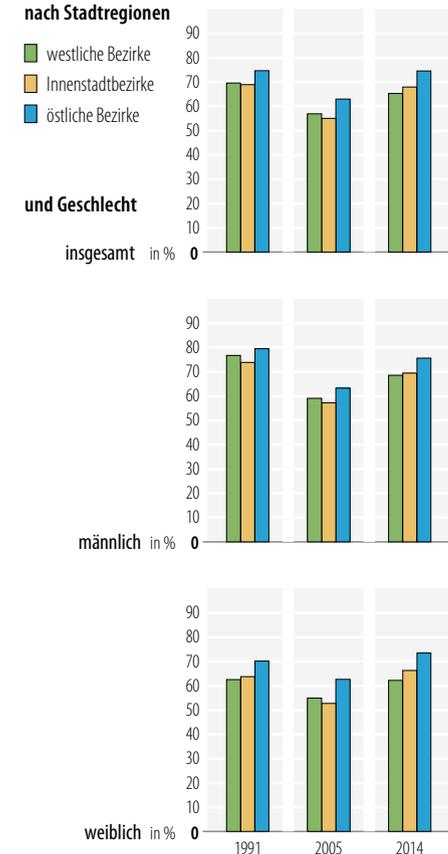
Datenquelle: Mikrozensus

Erwerbstätigenquote

Im Jahr 1991 gingen 71,1% der Berliner Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einer Erwerbstätigkeit nach. Die Frauenerwerbstätigenquote betrug 65,2%, bei den Männern waren 77% erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquoten verringerten sich in den Folgejahren stark und erreichten im Jahr 2004 mit nur noch 55,9% bei den Frauen und 59,4% bei den Männern ihre Tiefststände. Seitdem lässt sich ein stetiger Anstieg auf insgesamt 68,9% im Jahr 2014 beobachten. Damit waren in Berlin erstmals seit der Wiedervereinigung mehr als zwei Drittel der Frauen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig, bei den Männern hat die Erwerbstätigenquote das Maximum des Jahres 1991 noch nicht wieder erreicht. Differenziert nach Altersgruppen zeigt sich, dass die mittlere Altersgruppe am wenigsten von den konjunkturellen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen war. Die Erwerbstätigenquote der unter 25-Jährigen ging insgesamt von 55,2% im Jahr 1991 auf 37,4% im Jahr 2014 zurück. Ein Grund dafür kann der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen zusammen mit dem zahlenmäßigen Rückgang der Bevölkerung in dieser Altersgruppe sein. Gleichzeitig ist die Erwerbstätigenquote der über 55-Jährigen

seit 1991 um insgesamt 20 Prozentpunkte auf 61,9% im Jahr 2014 angestiegen.

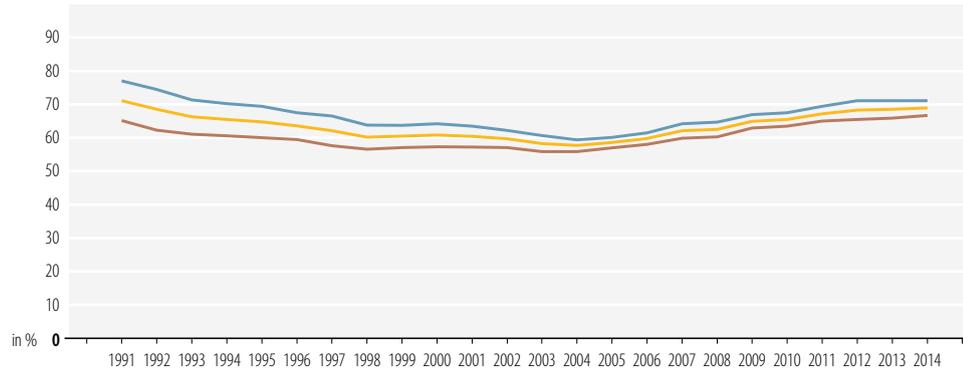
Mit jeweils deutlich geringeren Quoten 2005 gegenüber 1991 folgen die drei Stadtregionen jeweils weitgehend dem allgemeinen Trend. Bemerkenswert ist, dass in den östlichen Bezirken über alle Zeitpunkte ein deutlich größerer Anteil der Bevölkerung einer Erwerbstätigkeit nachgeht als in den westlichen Bezirken und den Innenstadtbezirken. In den östlichen Bezirken waren im Jahr 2014 fast drei Viertel der Bevölkerung erwerbstätig, damit ist die Erwerbstätigenquote von 1991 wieder erreicht. In den anderen Stadtregionen beträgt die Erwerbstätigenquote aktuell rund zwei Drittel und liegt damit unter dem jeweiligen Spitzenwert von 1991. Die Quote der Innenstadtbezirke wies in den Jahren 1991 und 2014 Werte zwischen den beiden anderen Stadtregionen auf, im Jahr 2005 dagegen war diese mit 52,7% am geringsten. Ein deutlicher Sprung der Frauenerwerbstätigenquote um 13,6 Prozentpunkte zwischen 2005 und 2014 weist auf eine besonders ausgeprägte Entwicklung in diesem sich besonders rasant wandelnden Teil der Stadt hin.

Erwerbstätigenquote

Erwerbstätigenquote

nach Geschlecht

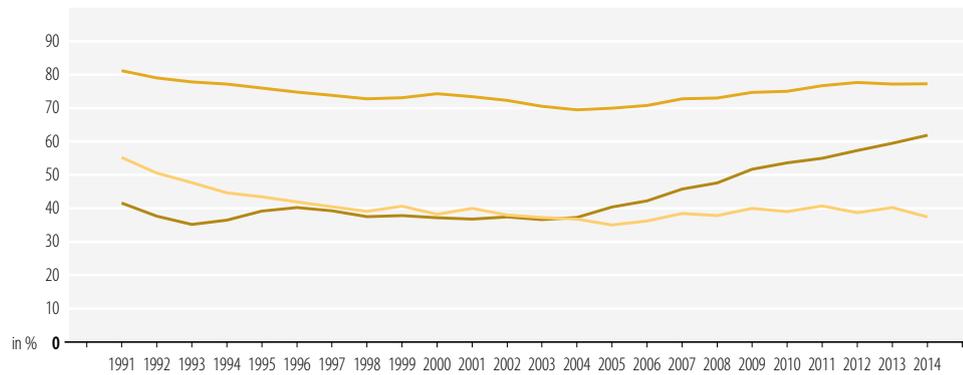
- Insgesamt
- männlich
- weiblich



Erwerbstätigenquote

nach Altersgruppen

- 15 bis unter 25 Jahre
- 25 bis unter 55 Jahre
- 55 bis unter 65 Jahre



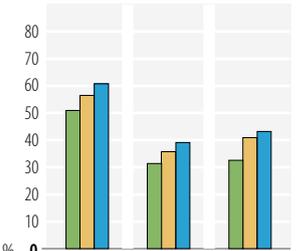
Erwerbstätigenquote

nach Stadtregionen

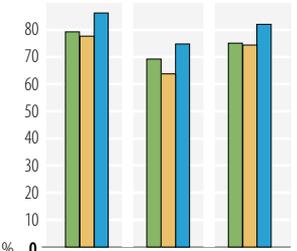
- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke

und Altersgruppen

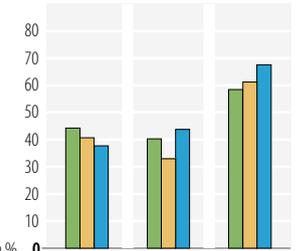
15 bis unter 25 Jahre in %



25 bis unter 55 Jahre in %



55 bis unter 65 Jahre in %



Erwerbslosenquote

1991 lag die Erwerbslosenquote in Berlin bei 10,4% und zeigte mit 10,9% bei den Frauen und 10,0% bei den Männern noch keinen geschlechtsspezifischen Unterschied. Erst ab dem Jahr 2012 konnte dieses Niveau wieder erreicht werden, nachdem die Erwerbslosenquote bis zum Jahr 2005 fast auf das Doppelte angestiegen war. Seit dem Jahr 1998 ist die Erwerbslosenquote der Männer deutlich höher als die der Frauen. Im Jahr 2014 lag die Erwerbslosenquote der Frauen unter der von 1991, bei den Männern wurde dieser Stand noch nicht erreicht.

Was beschreibt der Indikator?

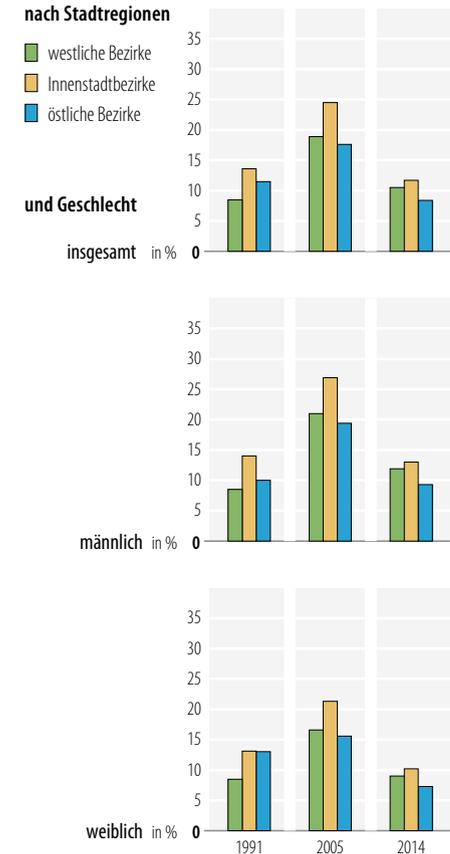
Die Erwerbslosenquote ist ein zentraler Indikator zur Arbeitsmarktentwicklung vor dem Hintergrund der traditionell hohen Erwerbsneigung der Bevölkerung in Berlin-Ost und den ost-deutschen Bundesländern und dem Wegfall von Arbeitsplätzen in diesen Regionen seit der Wiedervereinigung. Sie beschreibt den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen, hier im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Erwerbspersonen sind Erwerbstätige und Erwerbslose. Als erwerbslos gelten nach dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation (ILO) alle nicht erwerbstätigen Personen, die aktiv Arbeit suchen und diese auch kurzfristig aufnehmen können.

Datenquelle: Mikrozensus

Der Vergleich der Altersgruppen zeigt, dass in der mittleren Altersgruppe im betrachteten Zeitraum stets ein geringerer Anteil erwerbslos war als bei den Jüngeren und Älteren. Bis zum Jahr 2005 waren die über 55-Jährigen am stärksten von Erwerbslosigkeit betroffen, danach ist die Erwerbslosenquote der unter 25-Jährigen höher und in den letzten drei Jahren entgegen dem allgemeinen Trend auch wieder im Ansteigen begriffen. Dagegen sanken die Erwerbslosenquoten der beiden höheren Altersgruppen seit 2005 recht stetig und unterboten im aktuellen Jahr die Quoten von 1991.

Mit jeweils deutlich höheren Quoten 2005 gegenüber 1991 und 2014 folgen die drei Stadtregionen jeweils weitgehend dem allgemeinen Trend. Die Erwerbslosigkeit in den Innenstadtbezirken ist über alle Zeitpunkte deutlich höher. Hier gab es auch die größte Entwicklungsdynamik, die offensichtlich hauptsächlich bei den über 55-Jährigen stattfand. In den Jahren 2005 und 2014 hatten die östlichen Stadtbezirke die geringste Erwerbslosenquote aller Stadtregionen.

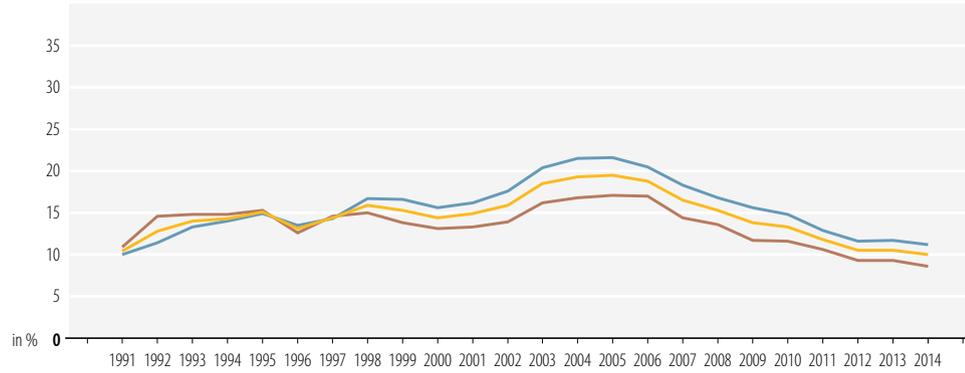
Erwerbslosenquote



Erwerbslosenquote

nach Geschlecht

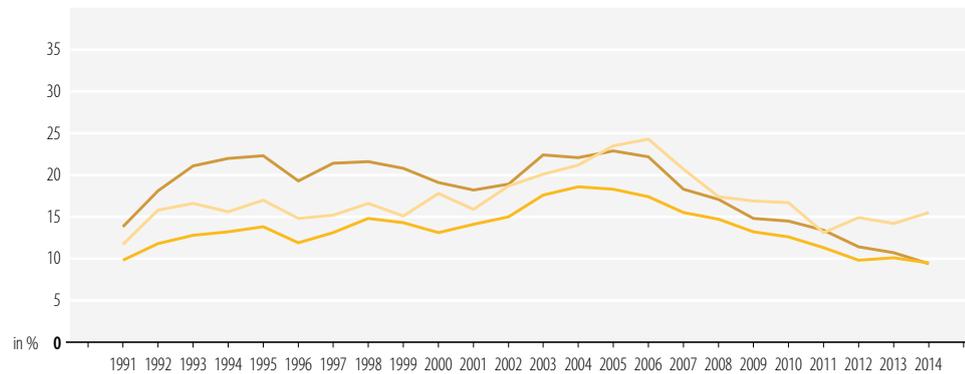
- insgesamt
- männlich
- weiblich



Erwerbslosenquote

nach Altersgruppen

- 15 bis unter 25 Jahre
- 25 bis unter 55 Jahre
- 55 bis unter 65 Jahre



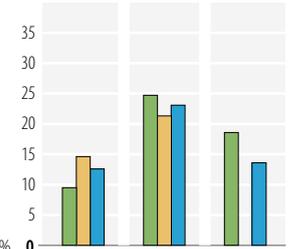
Erwerbslosenquote

nach Stadtregionen

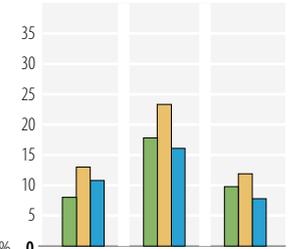
- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke

und Altersgruppen

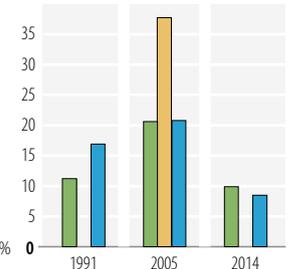
15 bis unter 25 Jahre in %



25 bis unter 55 Jahre in %



55 bis unter 65 Jahre in %



Teilzeiterwerbstätige

Rund ein Viertel der Berliner Erwerbstätigen war im Jahr 2014 teilzeitbeschäftigt. Im Jahr 1991 war der Anteil nur halb so groß. Die Teilzeitquote stieg bis zum Jahr 2006 gleichmäßig an und hält sich seitdem recht stabil auf diesem Niveau. Männer und Frauen unterscheiden sich bezüglich der Teilzeitquote deutlich: Der Anteil teilzeitbeschäftigter Berlinerinnen war durchgängig von 1991 bis 2014 um ca. 20 Prozentpunkte höher als der Anteil teilzeitbeschäftigter Männer.

Die Teilzeitquoten insgesamt in allen drei Stadtregionen sind zwar bis zum Jahr 2014 angewachsen, unterscheiden sich aber je nach Stadtregion stark im Niveau. Die Teilzeitquoten der in den östlichen Bezirken wohnhaften Berlinerinnen und Berliner waren zu allen drei Zeitpunkten geringer als die Teilzeitquoten der übrigen Berliner Erwerbstätigen. Der Geschlechterunterschied bei den Teilzeitquoten ist im Jahr 2014 in den Innenstadtbezirken am kleinsten, in den westlichen Bezirken jedoch am größten. Dort wohnhafte erwerbstätige Berlinerinnen arbeiteten zu 41,0% in Teilzeit, während es in den beiden anderen Stadtregionen jeweils rund ein Drittel war. Auffällig ist, dass die Frauenteilzeitquote in den Innenstadtbezirken zwischen 2005 und 2014 um 4 Prozentpunkte zurückging, was auf eine Änderung der Bevölkerungsstruktur in diesem sich besonders dynamisch entwickelnden Teil Berlins hindeutet.

Was beschreibt der Indikator?

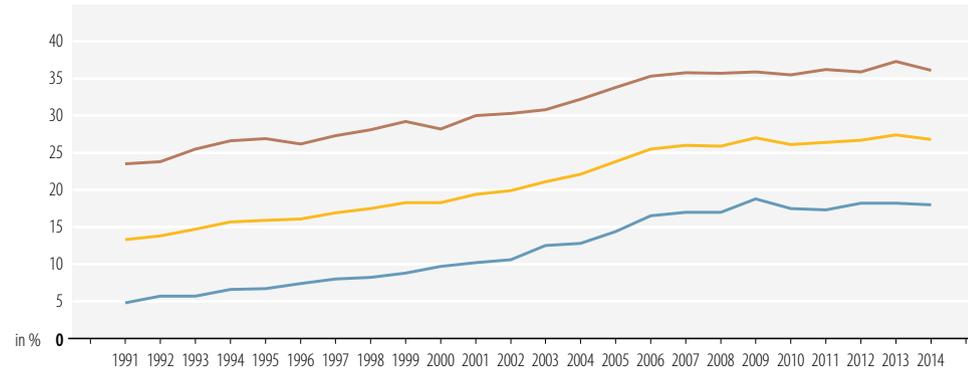
Die Teilzeiterwerbsquote ist ein zentraler Indikator zur Arbeitsmarktentwicklung vor dem Hintergrund der Zunahme atypischer Beschäftigung und des gleichzeitigen Rückgangs von Normalarbeitsverhältnissen. Sie beschreibt den Anteil Erwerbstätiger im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die nach einer Selbsteinschätzung teilzeiterwerbstätig sind.

Datenquelle: Mikrozensus

Teilzeiterwerbsquote

nach Geschlecht

- insgesamt
- Männer
- Frauen



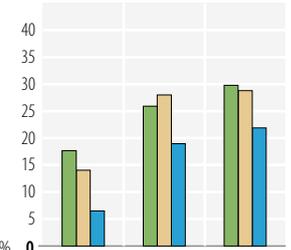
Teilzeiterwerbsquote

nach Stadtregionen

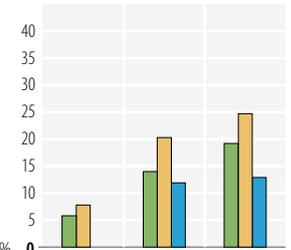
- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke

und Geschlecht

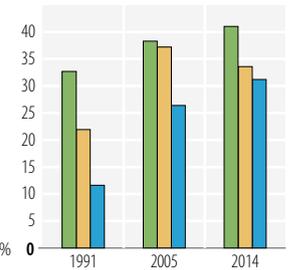
insgesamt in %



männlich in %



weiblich in %



Verdienste

Was beschreibt der Indikator?

Der Bruttomonatsverdienst ist der regelmäßige steuerpflichtige Arbeitslohn gemäß den Lohnsteuererrichtlinien ohne unregelmäßige Sonderzahlungen zuzüglich steuerfreier Zuschläge für Schicht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit, steuerfreie Aufstockungsbeträge bei Altersteilzeit, steuerfreie Beiträge des Arbeitgebers im Rahmen der Entgeltumwandlung, steuerfreie Essenszuschüsse und pauschal besteuerte Arbeitslohn. Bruttomonatsverdienste werden für nahezu alle Wirtschaftszweige ermittelt. Sie ermöglichen Konjunktur- und Strukturanalysen für die Wirtschaft, Banken, Wissenschaft und (Markt)Forschung. Sie werden bei Tarifverhandlungen

25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung sind die Bruttomonatsverdienste der Berliner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Sonderzahlungen auf durchschnittlich 3 010 EUR gestiegen und legten damit gegenüber dem Vorjahr um 1,8% zu. Da sich die Verbraucherpreise deutlich langsamer erhöhten (+0,8%), blieb real mehr Geld übrig. 2013 hatten vor allem gesunkene Sonderzahlungen ein Wachstum der Verdienste verhindert. Lediglich um 0,1% (2 956 EUR) waren die Bruttomonatsverdienste im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich gestiegen, wobei die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 2,2% anzogen, sodass 2013 die Reallöhne in Berlin sanken.

und der Festsetzung der Abgeordnetenentschädigung sowie in vertraglichen Vereinbarungen über die Höhe von wiederkehrenden Zahlungen (sogenannten Wertungsklauseln) herangezogen und dienen mehreren Konjunktur- und Strukturstatistiken als Dateninput.

In den Jahren zuvor lag die Entwicklung der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen hingegen über der der Verbraucherpreise, sodass sich die Berliner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über mehr Geld in ihren Portemonnaies freuen konnten. Im Jahr 2009 schlug sich die Weltwirtschaftskrise in sinkenden Verdiensten nieder. Durch gleichzeitig – zwar nur moderat – gestiegene Verbraucherpreise hatten viele Beschäftigte real deutlich weniger Geld zur Verfügung. In den Jahren 2007 und 2008 zeigte sich ein ähnliches Bild, sodass sich die Verdienstenwicklung als wenig erfreulich erwies.

Ein direkter Vergleich der Bruttomonatsverdienste vor und nach 2007 ist wegen methodischer Änderungen nicht möglich. So wurden bis 2006 nur getrennte Angaben nach Arbeitern und Angestellten für ausgewählte Wirtschaftszweige erhoben. Auch Verdienste der Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten sowie der leitenden Angestellten wurden vor 2007 nicht erfasst. Trotzdem kann letztend-

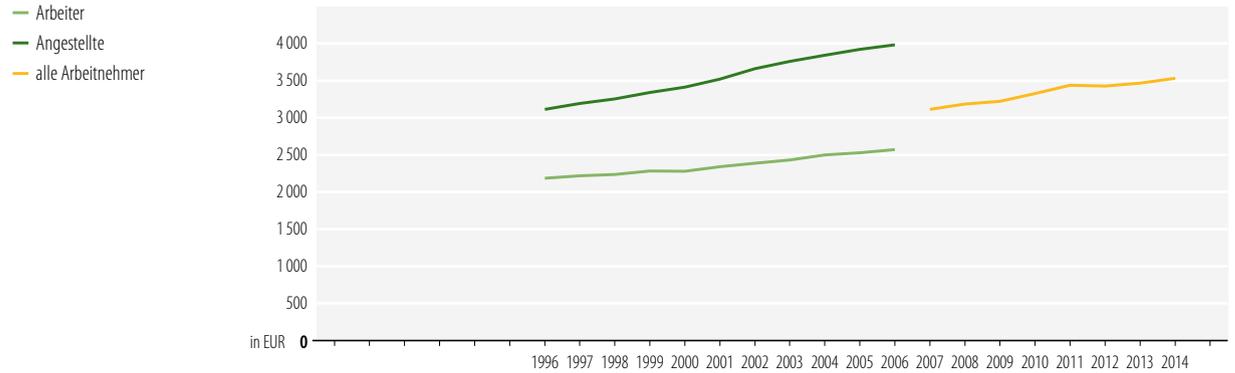
lich, unabhängig von der Preisentwicklung, eingeschätzt werden, dass die Berliner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten 25 Jahren kontinuierlich ein Plus auf ihrem Lohnzettel registrieren konnten, wenn dieses auch nahezu durchweg kleiner ausfiel als im Bundesdurchschnitt.

Dabei verlief die Entwicklung nie einheitlich. Sowohl zwischen den Branchen und der Qualifikation als auch zwischen den Geschlechtern bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede. Am besten entlohnen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Berlin weiterhin die Energieunternehmen, während Beschäftigte bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern, die bisher mit ihren Verdiensten weit vorn lagen, 2014 einen Rückgang ihrer Verdienste erleben mussten und der Bereich Information und Kommunikation sich ihnen mehr und mehr annäherte. Am wenigstens verdienen nach wie vor Beschäftigte im Gastgewerbe.

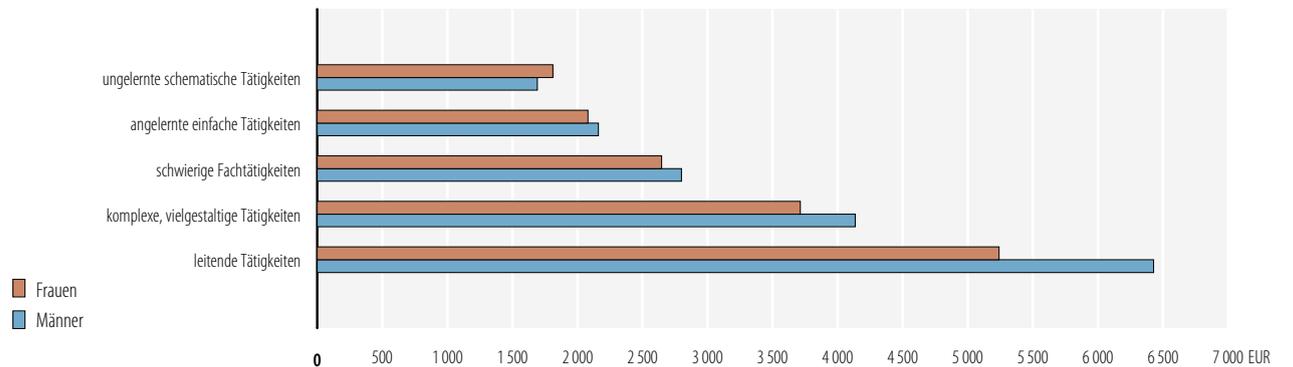
Datenquelle: Vierteljährliche Verdiensterhebung

Eine entsprechende Qualifikation zahlt sich sprichwörtlich aus. So konnten leitende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Spezialisten im Jahr 2014 in Berlin ihre Bruttoverdienste wie in den Vorjahren überdurchschnittlich steigern, während vor allem ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückblieben. Auch verdienen Männer und Frauen trotz gleicher Tätigkeit und Qualifikation nicht das Gleiche, wenn auch das Lohngefälle zwischen ihnen in Berlin von rund 14% im Jahr 2007 über sogar 16% (2008) und 15% (2009) auf rund 10% im Jahr 2014 gesunken ist. Dagegen betrug der Unterschied im Bundesdurchschnitt von 2007 bis 2009 23% und zwischen 2010 und 2014 noch 22%.

**Bruttomonatsverdienste
vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe**



**Bruttomonatsverdienste
vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen ohne Sonderzahlungen im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich 2014**



Pendlerströme

86,3% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hauptwohnsitz in Berlin arbeiten auch in Berlin.

Die zum 9. Mai 2011 aus Berlin pendelnden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiteten größtenteils im benachbarten Land Brandenburg (50,8%), hier vor allem im Berliner Umland, gefolgt von den Ländern Nordrhein-Westfalen (12,3%) und Bayern (6,3%). Das Saarland (0,3%) und die Hansestadt Bremen (0,4%) sind am seltensten Arbeitsorte von Berliner Erwerbstätigen.

Im Schnitt sind 60,7% der Auspendler männlich. Bezogen auf das Alter sind mehr als die Hälfte der Auspendler zwischen 30 und unter 50 Jahre alt. In den Altersgruppen 18 bis unter 30 Jahre sowie 50 bis unter 65 Jahre haben die Pendler Anteile von 21,5% und 22,7%.

Berlin ist aber auch ein Einpendler-Magnet. In fast allen 419 Brandenburger Gemeinden gibt es jemanden mit einem Arbeitsplatz in Berlin. In 274 Gemeinden sind es sogar mindestens 5% der aus der Gemeinde auspendelnden Erwerbstätigen. Die nach Berlin gerichteten Pendlerströme weisen dabei Anteilswerte von bis zu 82% (Glienicke/Nordbahn) auf. In insgesamt 28 Gemeinden – alle im Berliner Umland – wohnen über 50% der Auspendler nach Berlin. Die Gemeinde Rüditz im Landkreis Barnim hat mit 46% den höchsten Wert der Gemeinden im weiteren Metropolenraum.

In den Landkreisen Barnim, Oberhavel und Teltow-Fläming fahren aus jeder Gemeinde mindestens 5% der Auspendler nach Berlin. Die drei südlichsten Landkreise Brandenburgs sowie die kreisfreie Stadt Cottbus weisen, ausgenommen eine Gemeinde im Landkreis Elbe-Elster, allesamt Anteilswerte unterhalb der 5%-Marke auf. Gegenteilige Bewegungen sind in den nördlichsten Landkreisen erkennbar. Abgesehen von der Prignitz pendeln dort aus mehr als der Hälfte der Gemeinden mindestens 5% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Berlin.

Was beschreibt der Indikator?

Die dargestellten Pendlerdaten vergleichen die Hauptwohnsitz- und Arbeitsortgemeinde der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zum 9. Mai 2011. Als Arbeitsort wird der Ort angesehen, an dem die berufliche Tätigkeit des Erwerbstätigen mehrheitlich ausgeübt wird. Bei Zeit- bzw. Leiharbeiter/-innen ist der aktuelle Arbeits- bzw. Einsatzort der Arbeitsort. Bei wechselnden Arbeitsorten (z. B. im Außendienst) ist der Sitz des Arbeitgebers der Arbeitsort.

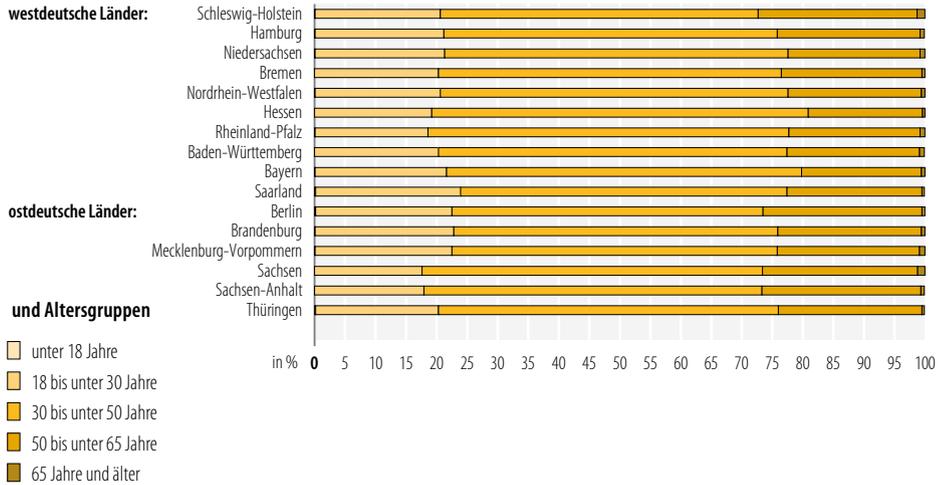
Für die Pendlerbeziehungen sind nur die im Land Berlin und/oder im Land Brandenburg wohn- und arbeitenden Erwerbstätigen betrachtet worden. Zur Ermittlung wurde der Anbindungskoeffizient verwendet. Hierzu wird der Pendlerstrom nach Berlin zur Summe der Erwerbstätigen, die in der betrachteten Gemeinde wohnen,

unabhängig davon, ob es sich um Binnen- oder Auspendler handelt, in Relation gesetzt. Dargestellt werden alle Relationen von 0,05 und höher, d. h. mindestens 5% der in der Gemeinde wohnenden Erwerbstätigen pendeln in die entsprechend verbundene Gemeinde. Die Pendlerrichtung wird nicht aufgezeigt.

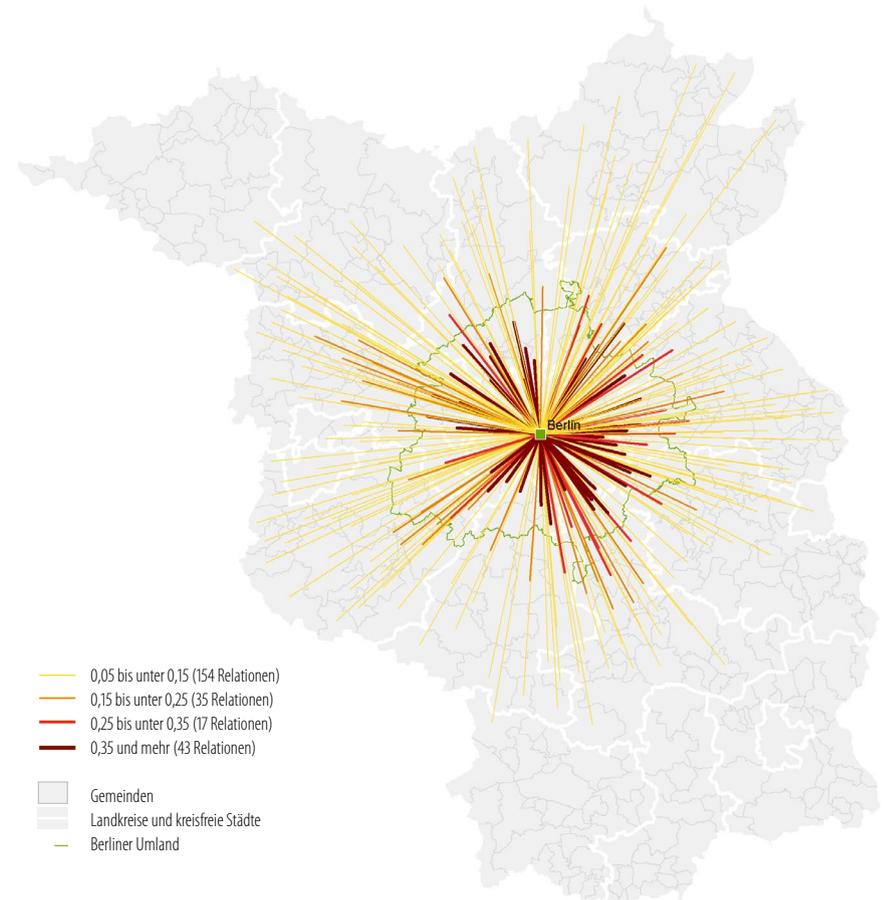
Datenquelle: Zensus 2011

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort Berlin am 9. Mai 2011

nach Arbeitsort



Anbindungskoeffizient von Brandenburger Gemeinden nach Berlin am 9. Mai 2011



Wohnungsfertigstellungen und Wohnungsbestand

Was beschreibt der Indikator?
Im Rahmen der Statistik der Baufertigstellungen werden u. a. der Neubau sowie Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden erfasst, bei denen Wohn- oder Nutzraum geschaffen oder verändert wird. Die Ergebnisse ermöglichen beispielsweise, die Zahl neugebauter Wohnungen auszuweisen und damit zu messen, inwieweit die Ziele der aktuellen Wohnungsbaupolitik erreicht worden sind. Zudem fließen diese Ergebnisse sowie die Ergebnisse der Bauabgangsstatistik auch in die Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes ein.

Mit der deutschen Einheit und dem Hauptstadtbeschluss 1991 setzte in Berlin ein Bauboom ein, der seinen Höhepunkt im Jahr 1997 fand. In jenem Jahr wurden in Berlin ca. 33 000 Wohnungen fertiggestellt, ein Wert, der seither in keinem einzigen Jahr annähernd erreicht worden ist. Nach 1997 ebte dieser Aufschwung schnell ab. Die niedrigste Zahl wurde im Jahr 2006 mit 3 100 fertiggestellten Wohnungen registriert. Das entspricht rund einem Zehntel der Zahl an Wohnungen, die im Spitzenjahr 1997 gebaut worden sind. Nur ein Sechstel der 2006 fertiggestellten Wohnungen entstand in Mehrfa-

Die Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes basiert seit 2010 auf den Ergebnissen der jüngsten Gebäude- und Wohnungszählung 2011 und beinhaltet, im Gegensatz zu den Vorjahren, auch die Wohnheime, die in den Wohnungszahlen enthalten sind. Die früheren Jahre basieren auf den Gebäude- und

Wohnungszählungen 1987 (Berlin-West) und 1995 (neue Bundesländer und Berlin-Ost), deshalb gibt es für die Jahre 1991 bis 1993 keine belastbaren Bestandszahlen für ganz Berlin. Daten über den Bestand an Wohnungen geben u. a. Auskunft über die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum.

milienhäusern, der überwiegende Teil entfiel auf den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern. 1997 lag der Anteil der in Mehrfamilienhäusern fertiggestellten Wohnungen noch bei knapp 90 %. Überhaupt wurden im Zeitraum 2002 bis 2009 mehr Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern als in Mehrfamilienhäusern fertiggestellt. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen insgesamt stieg parallel zur Bevölkerungsentwicklung nach 2006 wieder leicht an. 2007 waren es etwas mehr als 3 700 Wohnungen, 2014 über 8 700 Wohnungen. Von 2007 bis 2014 wurden zusammengenommen fast

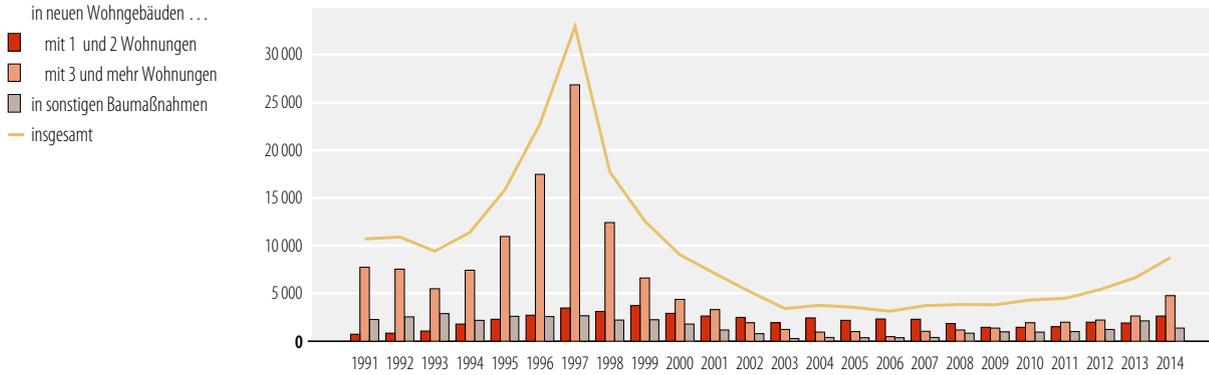
40 000 Wohnungen fertiggestellt, zwischen 1991 und 2014 rund 220 000 Wohnungen, davon 60 % im Geschosswohnungsbau, 23 % in Ein- und Zweifamilienhäusern und 16 % durch sonstige Baumaßnahmen (z. B. Dachgeschossausbau, Wohnungen in Nichtwohngebäuden). Von den im Jahr 2014 neu gebauten Wohnungen wurde fast die Hälfte in den östlichen Bezirken errichtet, 28 % in den westlichen Bezirken und 24 % in den Innenstadtbezirken.

In regional tiefgehender Betrachtung zeigt sich, dass in den letzten Jahren die höchste Zahl neuer Wohnungen im Zentrum Berlins gebaut wurde. Zwischen 2007 und 2013 entstanden hier mehr als 2 500 Wohnungen. Etwas mehr als 2 100 Wohnungen wurden im südlichen Pankow fertiggestellt, das damit an zweiter Stelle folgte. An dritter Stelle lag das Gebiet Lichtenberg Süd mit knapp 1 500 Wohnungen.



Datenquelle: Baufertigstellungsstatistik, Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes

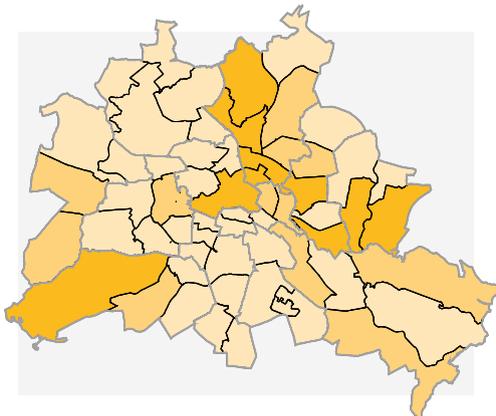
Fertiggestellte Wohnungen



Fertiggestellte Wohnungen 2007 bis 2014

nach Prognoserräumen

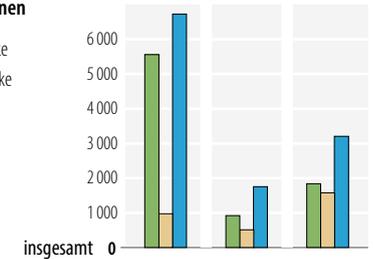
- unter 500
- 500 bis unter 1 000
- 1 000 und mehr



Fertiggestellte Wohnungen

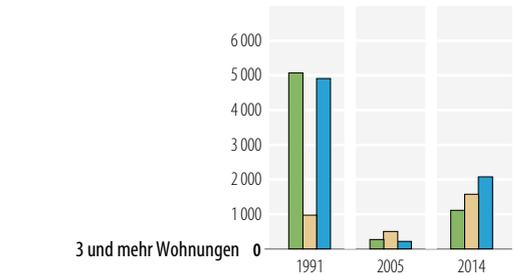
nach Stadtregionen

- westliche Bezirke
- Innenstadtbezirke
- östliche Bezirke



in Wohngebäuden mit

1 und 2 Wohnungen



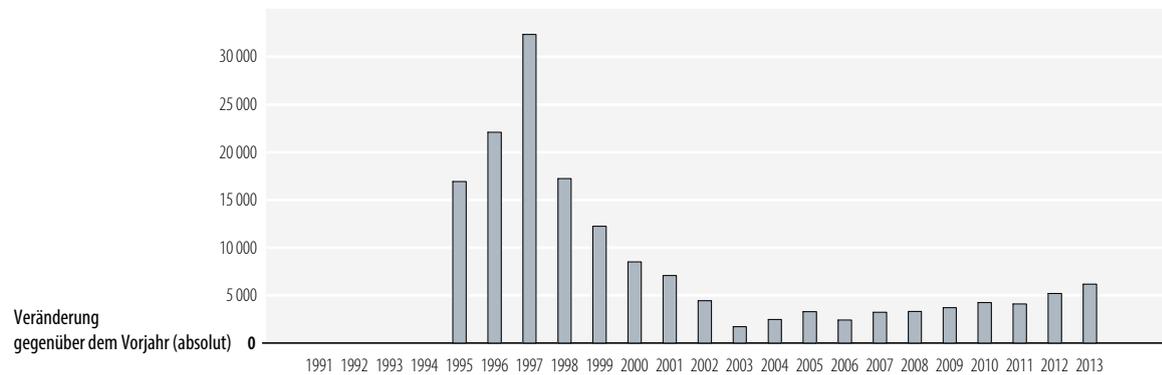
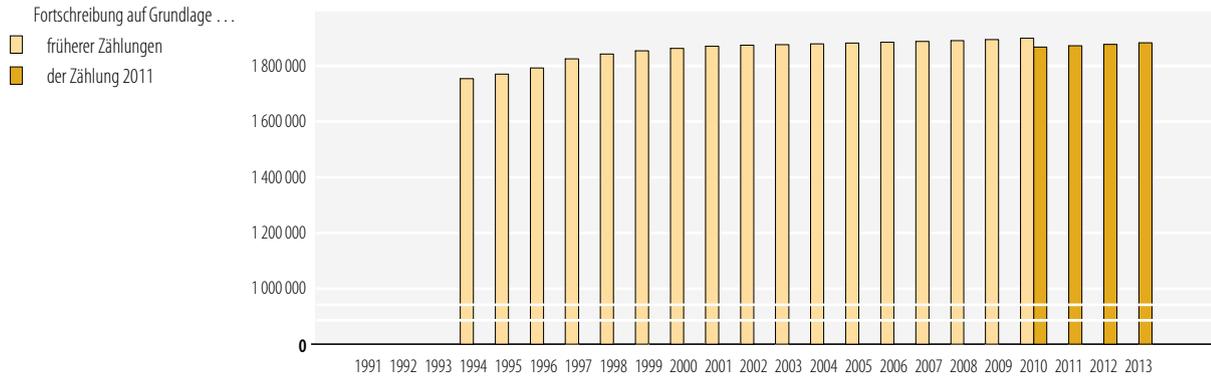
3 und mehr Wohnungen



Der Berliner Wohnungsbestand umfasste zum Jahresende 2014 insgesamt rund 1,89 Mill. Wohnungen, das sind fast 170 000 Wohnungen bzw. fast 10% mehr als 1991. Gut ein Zehntel der Wohnungen befindet sich in Ein- und Zweifamilienhäusern, 87,0% im Geschosswohnbau. Der Rest entfällt auf Wohnungen in Nichtwohngebäuden. Mit 550 Wohnungen je 1 000 Einwohner (2013) hat sich die Wohnungsversorgung der Berliner Bevölkerung gegenüber 1991 (500 Wohnungen je 1 000 Einwohner) zwar etwas verbessert, sie stagniert aber in etwa auf dem Niveau des Jahres 2000. Die Entwicklung dieses

Indikators ist in den letzten Jahren sogar leicht rückläufig: 2011 gab es noch 563 Wohnungen je 1 000 Einwohner. Auch die Wohnfläche je Einwohner entwickelt sich nach stetigem Anstieg seit 2011 zurück: von 40,9 m² im Jahr 2011 auf nur noch 40,1 m² im Jahr 2013. Obwohl sich die Wohnungsversorgung gegenüber 1991 in Berlin verbessert hat, bleibt die Bauaktivität hinter der Entwicklung der Bevölkerung in den letzten Jahren zurück.

Wohnungsbestand



Verbraucherpreise

Von 1991 bis 2014 sind die Verbraucherpreise in Berlin um 47,3% gestiegen (2010=100), wobei diese Entwicklung 25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung im Detail betrachtet bei vielen Gütern des privaten Konsums ein ständiges Auf und Ab in der Preislandschaft zeigt. Nicht alles wurde stetig teurer. In einigen Bereichen sind auch verbraucherfreundliche Entwicklungen festzustellen.

Trotz gravierender Änderungen in der Preisgestaltung im Ostteil der Stadt lagen die Veränderungsdaten zu Beginn der 1990er Jahre im wieder vereinten Berlin durch die Berücksichtigung der Preisentwicklung im Westteil der Stadt deutlich unter denen in den neuen Bundesländern. Bis 1993 hatten dabei die Wohnungsmieten in Berlin-Ost, deren Ver-

änderungsprozess sich fast über ein Jahrzehnt hinzog, erheblichen Einfluss. Ab etwa der Mitte der 1990er Jahre setzten erste Preisreduzierungen, insbesondere für den Bereich der Information und Kommunikation, ein. Mit Ausnahme des Jahres 2004 (+2,1%) lagen die Preissteigerungen von 1995 bis 2007 unterhalb der für die Geldpolitik wichtigen 2%-Marke und nahezu durchweg unter dem Bundesdurchschnitt. Die Umstellung auf den Euro zu Beginn des Jahres 2001 schlug sich in Berlin (+1,3%) nicht so stark auf die Preisentwicklung nieder wie im Bundesdurchschnitt (+2,0%).

Mit Beginn des neuen Jahrtausends wurde neben den Nahrungsmittelpreisen zunehmend die Entwicklung der Energiepreise bestimmend. Da die deutschen Verbraucher für

Energie und Nahrungsmittel zusammen rund ein Fünftel ihrer gesamten Konsumausgaben aufwenden, gehen Preisveränderungen in diesen Güterbereichen mit einem hohen Gewicht in die Gesamtentwicklung ein. Im Jahr 2009 war die weltweite Wirtschaftskrise prägend und auch die Berliner Verbraucher profitierten von der zweitniedrigsten Preissteigerung (+0,2%) seit Beginn der Berechnung eines Verbraucherpreisindex für das wieder vereinte Berlin. Noch niedriger war die Veränderungsrate lediglich im Jahr 1999 (+0,1%). Neben Rückgängen bei den Nahrungsmittelpreisen war dies fast ausschließlich auf die teilweise dramatischen Einbrüche bei den Weltmarktpreisen für Energierohstoffe zurückzuführen. Ab dem Jahr 2010 zog der Preisauftrieb vor allem durch kontinuierlich und überdurchschnittlich steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise spürbar an und lag über dem Bundesdurchschnitt. Seit dem Jahr 2012 ist jedoch wieder eine leicht rückläufige Teuerung zu beobachten, die im Jahr 2014 in erster Linie wegen gesunkener Energiepreise und deutlich abgeschwächtem Anstieg der Nahrungsmittelpreise den bisher niedrigsten Stand seit 2009 erreichte (+0,8%).

Was beschreibt der Indikator?

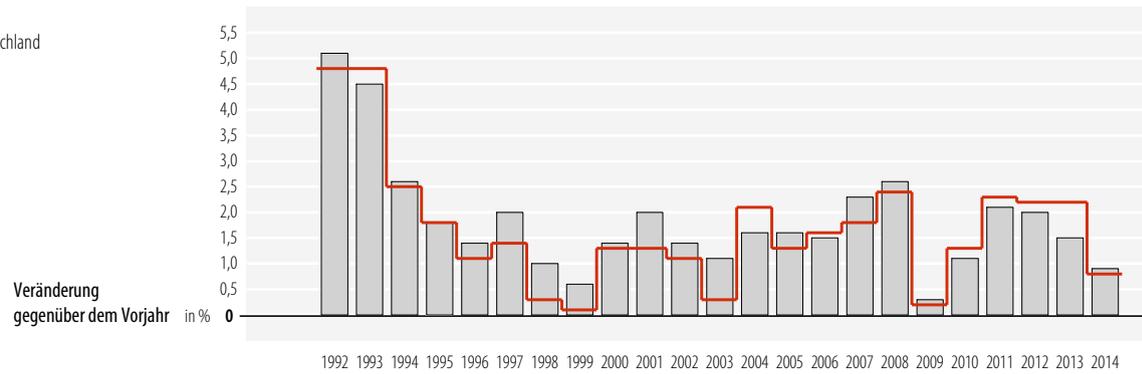
Verbraucherpreise sind Preise für Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte zum Zwecke des privaten Konsums kaufen bzw. in Anspruch nehmen. Aus den erhobenen Verbraucherpreisen wird der Verbraucherpreisindex ermittelt; die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Er zeichnet sich insbesondere durch seine hohe Relevanz für die Inflationsmessung, seine Genauigkeit und seine sehr hohe Aktualität aus. Er

erfüllt die Anforderungen als zentraler Indikator zur Beurteilung der Geldwertentwicklung und ist Orientierungsmaßstab zum Beispiel bei Tarifverhandlungen, bei Festsetzung der Abgeordnetenentschädigung, Sozialhilfesätzen und Unterhaltsleistungen

sowie in vertraglichen Vereinbarungen über die Höhe von wiederkehrenden Zahlungen (sogenannten Wertsicherungsklauseln). Zudem wird er für die Deflationierung der privaten Konsumausgaben in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet.

Datenquelle: Statistik der Verbraucherpreise

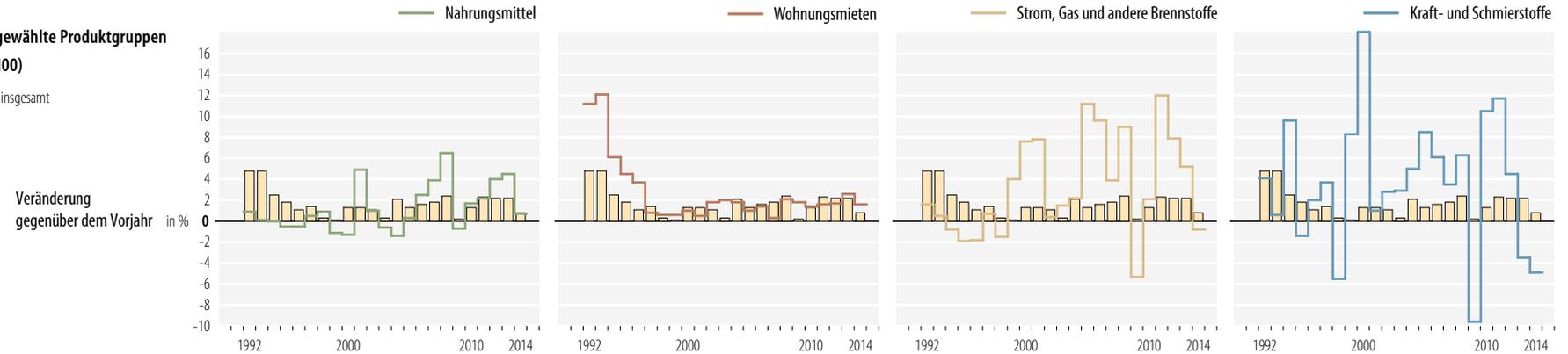
Verbraucherpreisindex (2010=100)



Verbraucherpreisindex

für ausgewählte Produktgruppen (2010=100)

■ Berlin insgesamt



Was beschreibt der Indikator?

Baupreise sind Preise für Bauleistungen, die für den Neubau von Bauwerken erforderlich sind. Dabei handelt es sich um Preise ohne Umsatzsteuer aus Vertragsabschlüssen zwischen Bauherren und Bauunternehmen und nicht um sich möglicherweise noch ändernde Angebotspreise. Aus diesen Baupreisen werden Preisindizes für Bauleistungen ermittelt, die die Entwicklung der Preise für den Neubau ausgewählter Bauwerksarten (Wohn-, Büro- und gewerbliche Betriebsgebäude) und die Instandhaltung (von Mehrfamiliengebäuden) widerspiegeln. Diese Indizes dienen zum einen der Konjunkturbeobachtung im Baugewerbe. Zum anderen werden Baupreisindizes häufig auch bei der Schätzung ak-

Baupreise

Von 1991 bis 2014 sind die Preise für den Neubau von Wohngebäuden – Bauleistungen am Bauwerk – in Berlin um 39,9% gestiegen, wobei die Steigerung bundesweit im gleichen Zeitraum mit +46,8% deutlich stärker ausfiel. Dabei war die Entwicklung seit Beginn der Berechnung des Baupreisindex für das wieder vereinte Berlin durch längere Phasen des Preisauftriebs und der Abschwächung der Preisentwicklung – zeitweilig geprägt durch einen längerfristigen kontinuierlichen Preisrückgang – gekennzeichnet.

tueller oder historischer Verkehrswerte bzw. Anschaffungs-/Wiederbeschaffungswerte sowie zur Anpassung vertraglich vereinbarter Zahlungen genutzt (sogenannte Wertsicherungsklauseln). Außerdem werden sie zur Deflationierung anderer wirtschaftlicher Größen, wie z. B. der Auftragsgänge und -bestände im Baugewerbe, herangezogen.

Die nach der Wiedervereinigung zunächst sehr hohen Veränderungsrate gingen allerdings von Jahr zu Jahr zurück, bis ab 1997 über mehrere Jahre ein Preisverfall zu beobachten war. Dieser hielt in Berlin im Gegensatz zum bundesweiten Trend bedeutend länger an und war erst im Jahr 2004 beendet. Der nächste Preisauftrieb war im Jahr 2004 mit +0,9% zu verzeichnen und lag unter dem damaligen Bundesdurchschnitt von +1,3%. Im Jahr 2007 erreichte die Preissteigerung mit +6,3% wieder einen vorläufigen Höhepunkt, der aber in erster Linie auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16% auf 19% zurückzuführen war. Ab 2008 schwächte sich der Preisauftrieb in Berlin wieder ab. Im Jahr 2009, dem Jahr der weltweiten Wirtschaftskrise, erreichte er trotz im Jahresver-

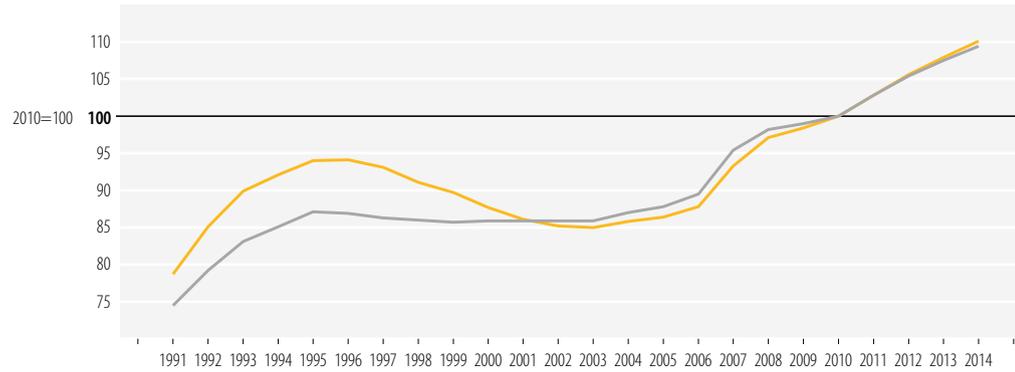
lauf kontinuierlich sinkenden jährlichen Veränderungsrate von +2,4% zu Jahresbeginn auf +0,4% am Jahresende noch eine durchschnittliche Preiserhöhung gegenüber 2008 von +1,3%, während bundesweit nur noch +0,8% ermittelt wurden. Danach zogen die Baupreise wieder an und stiegen in den Jahren 2011 und 2012 um 2,8% bzw. 2,7%. Seit 2013 schwächt sich der Preisauftrieb auch in Berlin wieder ab und lag im Jahr 2014 mit +2,0% leicht über dem Bundesdurchschnitt von +1,8%.

Datenquelle: Statistik der Bauleistungspreise

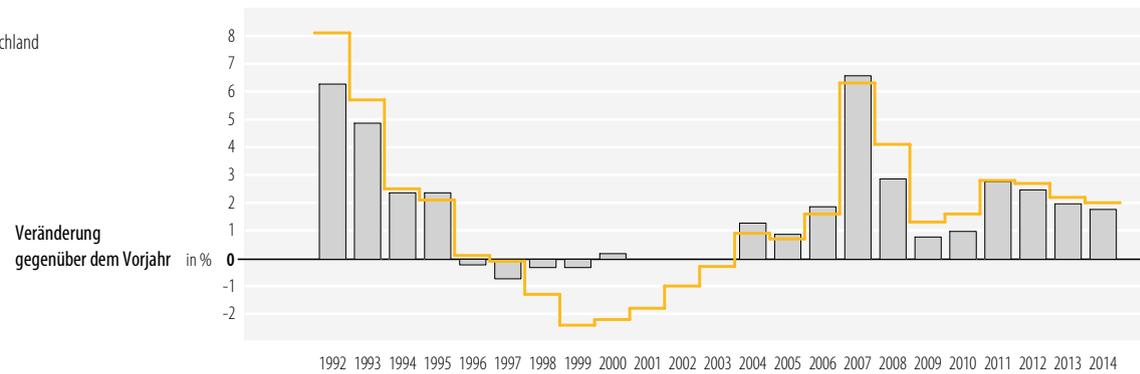
Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden einschließlich Umsatzsteuer

(2010=100)

— Berlin
— Deutschland



— Berlin
— Deutschland



Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern

Was beschreibt der Indikator?

Infolge des großen Erhebungsumfanges ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) geeignet, den Lebensstandard und das Verbrauchsverhalten privater Haushalte abzubilden. Fragen nach dem Vorhandensein von Gebrauchsgütern sind fester Bestandteil jeder EVS, wobei die erfragten Güter jeweils aktualisiert werden und deshalb ein Vergleich zwischen den Erhebungsjahren nicht immer möglich ist. Der Ausstattungsgrad gibt an, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gebrauchsgut besitzen; der Ausstattungsbestand, wie viele Güter in 100 Haushalten vorhanden sind. Bei einer Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad.

Die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Was vor 20 Jahren noch als Luxus galt, ist heute kaum mehr aus einem Haushalt weg zu denken. Hatte beispielsweise 1993 nur jeder fünfte Haushalt eine Geschirrspülmaschine, war es im Jahr 2013 schon jeder zweite. Eine Mikrowelle besaßen damals drei und 2013 sechs von zehn Haushalten.

Bei der Informations- und Kommunikationstechnik hat sich die Ausstattung ebenfalls verbessert, wobei sich die mobilen Geräte weiter durchsetzen. 70% der Berliner Haushalte besaßen 2013 Laptop, Notebook oder Tablet-PC, 94% nutzten mindestens ein Handy bzw. Smartphone. Zehn Jahre zuvor waren es vergleichsweise einer bzw. sieben von zehn Haushalten.

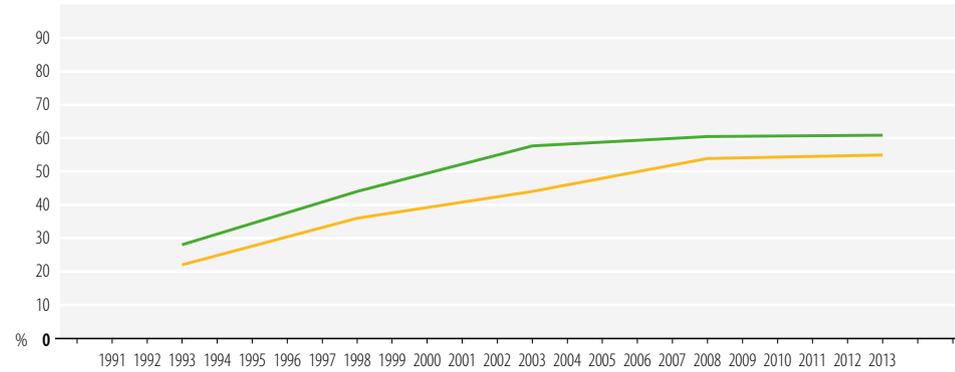
Bei der Unterhaltungselektronik sind innerhalb der letzten fünf Jahre verstärkt Flachbildfernseher und digitale Fotoapparate angeschafft worden. Die Ausstattung mit DVD-Playern hat sich gegenüber 2003 nahezu verdreifacht. Fernseher, Telefon, Kühlschrank und Waschmaschine gehörten im Jahr 2013 in fast neun von zehn Haushalten zur Standardausstattung.

Fahrradfahren erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit; bereits mehr als drei Viertel der Haushalte besitzen mindestens ein Fahrrad, im Jahr 1993 waren es 68%. Mehr als die Hälfte der Berliner Haushalte ist mehrfach ausgestattet, sodass durchschnittlich zwei Fahrräder in jedem Haushalt zu finden sind.

Datenquelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

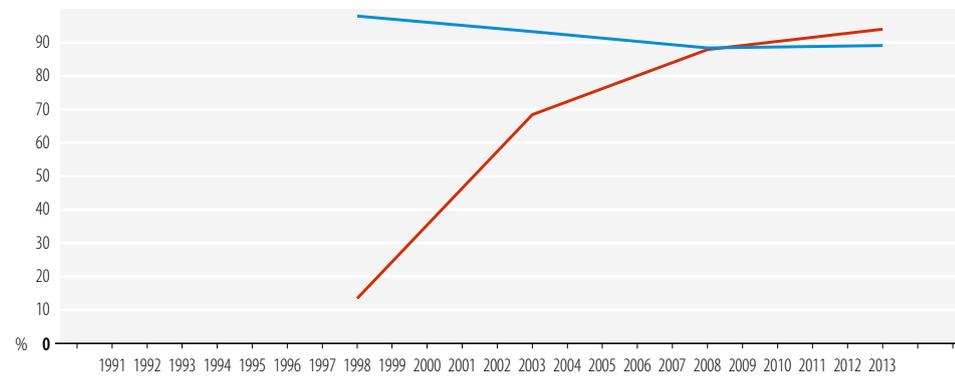
Ausstattungsgrad je 100 Haushalte

- Geschirrspülmaschine
- Mikrowellengerät



Ausstattungsgrad je 100 Haushalte

- Festnetztelefon
- Mobiltelefon (Handy, Smartphone)



Was beschreibt der Indikator?

Der Kraftfahrzeugbestand umfasst alle im Zentralen Fahrzeugregister gespeicherten Kraftfahrzeuge und -anhänger (ausschließlich der außer Betrieb gesetzten Fahrzeuge), die nach der Fahrzeug-Zulassungsverordnung in Deutschland zugelassen sind und denen ein Kennzeichen zugeteilt wurde. Mit einbezogen sind Fahrzeuge, die ein Versicherungskennzeichen führen sowie Fahrzeuge der Bundespolizei und des Technischen Hilfswerks. Kraftfahrzeuge sind maschinell angetriebene Straßenfahrzeuge. Dazu gehören Personenkraftwagen, Krafträder, Omnibusse, Lastkraftwagen, Zugmaschinen und sonstige Kraftfahrzeuge, wie z.B. Feuerwehren, Polizeifahrzeuge, Post-, Funk- und Fernmeldefahrzeuge.

Kraftfahrzeugbestand

Der Kraftfahrzeugbestand in Berlin unterlag in den Jahren 1994 bis 2015 leichten Schwankungen. Am 1. Januar 2007 waren rund 50 000 Kraftfahrzeuge (Kfz) mehr auf den Straßen unterwegs als 1994. Seit 1. März 2007 zählen auch sogenannte vorübergehende Stilllegungen als Abmeldungen, was für den Kfz-Bestand im Jahr 2008 eine Reduzierung um gut 152 000 Fahrzeuge gegenüber 2007 zur Folge hatte. Am 1. Januar 2009 verzeichnete der Kfz-Bestand gegenüber dem Vorjahr ebenfalls einen leichten Rückgang. Beginnend mit dem Jahr 2010 konnte jährlich eine Zunahme des gesamten Bestandes verzeichnet werden. Der Bestand von 1,369 Mill. Kraftfahrzeugen am 1. Januar 2015 entspricht annähernd dem Bestand von 2014 (-0,3%).

Bei Personenkraftwagen (Pkw), die mit einem Anteil von 85,1% am 1. Januar 2015 die mit Abstand bedeutendste Fahrzeugart in Berlin darstellen, sank der Bestand gegenüber 1994 (1,204 Mill.) um 3,2% auf 1,165 Mill. Pkw. Der Pkw-Bestand je 1000 Einwohner verzeichnete einen leichten Rückgang von 347 im Jahr 1994 auf 341 im Jahr 2015.

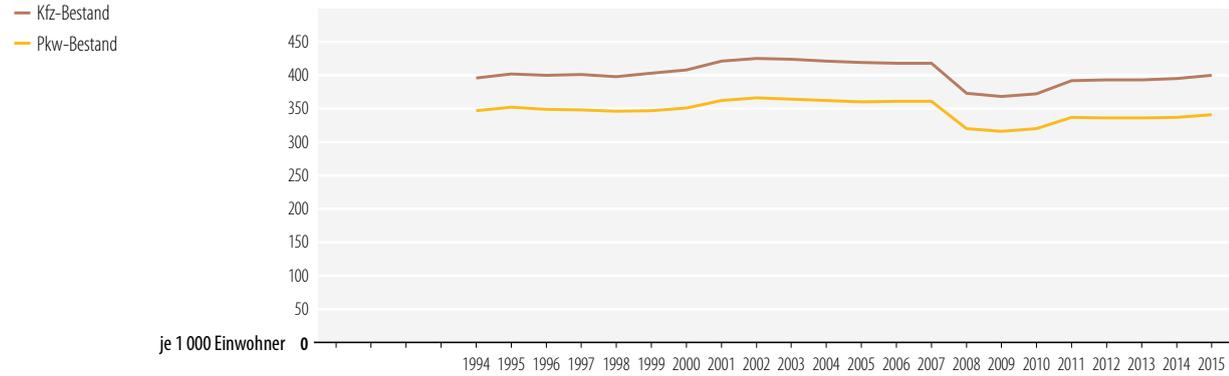
Während 1994 die Lastkraftwagen noch an zweiter Stelle im Ranking der Fahrzeugarten standen, belegen sie aktuell mit dem fast gleichen Bestand nur noch den dritten Rang. Der Anteil der Krafträder stieg von 4,0% auf 7,5% und belegt damit den zweiten Rang. Unverändert blieben die Anteile der Omnibusse (0,2%) und der Zugmaschinen (0,4%).

Im betrachteten Zeitraum veränderte sich der Pkw-Bestand in Bezug auf die Hubraumklassen nur geringfügig. So waren 1994 35,7% der Pkw in der Hubraumklasse bis 1399 cm³, 49,6% in der Hubraumklasse zwischen 1400 und 1999 cm³ und 14,6% in der Hubraumklasse 2000 cm³ und mehr zugelassen. Am 1. Januar 2015 waren die meisten Pkw in der Hubraumklasse 1400–1999 cm³ (49,0%) angemeldet, gefolgt von den Pkw mit einem Hubraum bis 1399 cm³ (34,9%). Die wenigsten Pkw hatten in Berlin einen Hubraum von 2000 cm³ und mehr (16,0%). Von den 1,165 Mill. Berliner Pkw sind 98,7% schadstoffreduziert unterwegs.

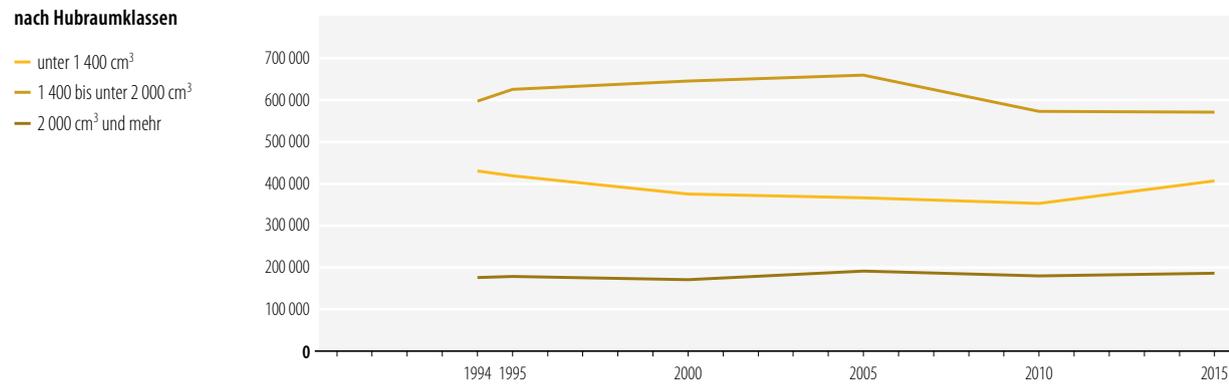
Den stärksten Zuwachs bei den Kraftfahrzeugen seit 1994 verzeichneten die Krafträder, deren Anzahl (102 129) stetig bis fast auf das Doppelte am 1. Januar 2015 gestiegen ist. Zuwächse seit 1994 verzeichneten ebenfalls die Zugmaschinen um 9,3% auf 5 475 Zulassungen. Die Bestandszahl der Lastkraftwagen entspricht fast dem Stand von 1994. Einen großen Rückgang verzeichnete der Bestand an Omnibussen (2 195), dieser ging seit 1994 um 29,9% zurück. Der Bestand an Kraftfahrzeuganhängern sank seit 1994 leicht auf aktuell 82 410, was einem Rückgang um 1,8% entspricht.

Datenquelle: Statistik des Bestandes an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern

Kraftfahrzeugbestand



Bestand an Personenkraftwagen



Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin

Was beschreibt der Indikator?

Die Wahlbeteiligung steht für die politische Partizipation, also die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an der politischen Willensbildung und an Entscheidungsprozessen. Sie gibt den Anteil der Wahlberechtigten an, die bei der Wahl ihre Stimme abgegeben haben – unabhängig davon, ob die Stimme gültig oder ungültig war.

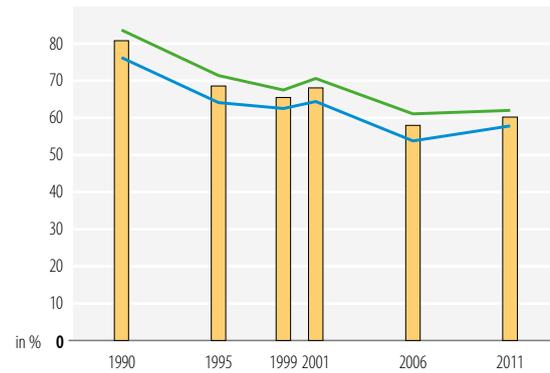
Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin sind alle Deutschen wahlberechtigt, die am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten ununterbrochen in Berlin ihren Wohnsitz haben und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

An der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 2. Dezember 1990 – der ersten Berliner Wahl nach der Wiedervereinigung Deutschlands – beteiligten sich 80,8% der Wahlberechtigten. Am selben Tag fand auch die Wahl des Deutschen Bundestages statt, bei der traditionell die Beteiligung am höchsten ist. Bei den nachfolgenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus, bei denen gemäß der Verfassung von Berlin zur gleichen Zeit auch die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt werden, ließ die Beteiligung mehr oder wenig kontinuierlich nach, bis auf 60,2% am 18. September 2011. Leichte Anstiege zur Vorwahl waren lediglich zwei Mal zu beobachten: einmal bei der Wahl am 21. Oktober 2001, der ersten Wahl nach dem Zusammenbruch der großen Koalition unter Führung der CDU und ein zweites Mal bei der Wahl am 18. September 2011. Die PIRATEN kamen hier aus dem Stand auf 8,9% der Zweitstimmen, sie konnten vermutlich zu einem nicht geringen Teil Nichtwählerinnen und Nichtwähler mobilisieren.

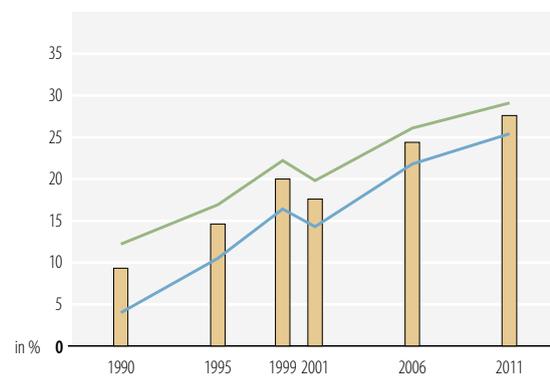
In Berlin-West lag die Beteiligung bei allen Wahlen seit 1990 höher als in Berlin-Ost. Der Abstand war mit 7,5 Prozentpunkten bei der ersten Wahl 1990 am höchsten und 2011 mit 4,2 Prozentpunkten am niedrigsten. Allerdings war die Entwicklung nicht linear, vielmehr verringerte sich der Abstand bis 1999, um anschließend bis 2006 wieder anzusteigen und erst danach wieder abzufallen.

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 1990 nutzten 9,3% der Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit der Briefwahl. Der Briefwahlanteil stieg fast stetig bis auf 27,6% bei der Berliner Wahl 2011 an. Lediglich 2001 war dieser Anteil geringer als bei der vorangegangenen Wahl 1999. Das lag vermutlich daran, dass bei der vorgezogenen Wahl 2001 verkürzte Fristen galten. Statt mehr als fünf Wochen, wie bei regulären Wahlen, blieben damals nur drei Wochen für die Briefwahl. Prozentual stimmten in Berlin-West mehr Wählerinnen und Wähler brieflich ab als in Berlin-Ost. Allerdings ist die Prozentpunktdifferenz im betrachteten Zeitraum stetig zurückgegangen, von 8,2 auf 3,7 bei der letzten Wahl 2011.

Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin



Briefwahlanteil an allen Wählerinnen und Wählern bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin



Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin

Bei der ersten Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin nach der Wiedervereinigung erzielte die CDU mit großem Abstand die meisten Zweitstimmen. Bei den nachfolgenden Wahlen bis 1999 schwankte ihr Anteil um die 40%-Marke. Erst nach dem Zusammenbruch der großen Koalition unter Eberhard Diepgen und bei der vorgezogenen Neuwahl 2001 konnte die SPD an der CDU vorbeiziehen und stärkste politische Kraft in Berlin werden. Seit 2001 stellt die SPD auch den Regierenden Bürgermeister und koalierte erst mit den GRÜNEN, dann mit der LINKEN und seit 2011 mit der CDU.

Auf dem dritten Platz wechselten sich die GRÜNEN und DIE LINKE seit 1990 ab, wobei es der LINKEN gelang, ihren Zweitstimmenanteil bis 2001 mehr als zu verdoppeln. Anschließend, während der Koalition mit der SPD, verlor sie erheblich und landete 2011 schließlich wieder auf dem vierten Platz hinter den GRÜNEN, mit einem nur noch geringfügig besseren Ergebnis als 1990. Die GRÜNEN konnten ihren Anteil dagegen seit 2001 deutlich steigern. Bei der FDP ist im betrachteten Zeitraum eine auffällige Berg- und Talfahrt zu beobachten. Dreimal schaffte sie es zum Teil deutlich, die 5%-Hürde zu überwinden, so

1990, 2001 und 2006, und dreimal scheiterte sie daran, zuletzt 2011 mit nur noch 1,8% der Zweitstimmen. Bis 2006 schaffte keine der übrigen Parteien den Einzug in das Berliner Abgeordnetenhaus. Erst 2011 gelang dies den PIRATEN mit ihrer ersten Wahlteilnahme bei Berliner Wahlen – sie erzielten aus dem Stand 8,9% der Zweitstimmen.

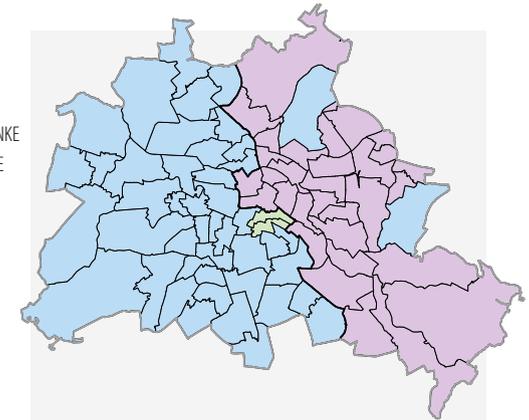
Die Wahlergebnisse der Parteien im Ost- und Westteil der Stadt unterscheiden sich im betrachteten Zeitraum zum Teil erheblich. Am deutlichsten trifft dies auf die Zweitstimmenanteile von CDU und DIE LINKE zu, wobei die CDU im Westteil ihre Hochburgen hat und DIE LINKE im Ostteil.

DIE LINKE erzielte bei der Wahl 1990 im Ostteil 23,6% der Zweitstimmen, aber nur 1,1% im Westteil – die Differenz betrug damit 22,5 Prozentpunkte. Diese Differenz stieg dann bis auf über 40 Prozentpunkte im Jahre 2001 an. Seitdem hat sich der Abstand zweimal verringert, bis auf 18,4 Prozentpunkte 2011. Bei der CDU hat sich diese Prozentpunktdifferenz ebenfalls verkleinert, allerdings seit 1990 fast stetig bis auf 15,3 Prozentpunkte 2011.

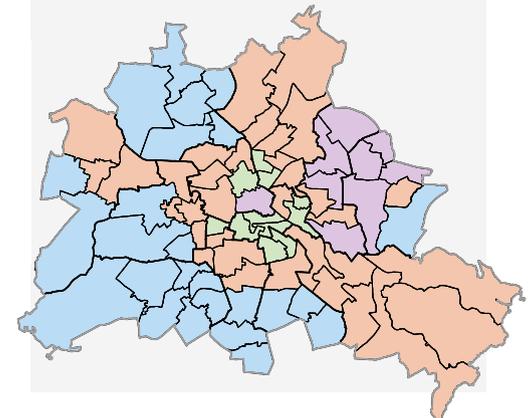
Summiert man für alle Parteien, die seit der Wiedervereinigung im Abgeordnetenhaus vertreten waren (einschließlich Sonstige), die Differenzen zwischen dem Zweitstimmenanteil im Ost- und Westteil Berlins (ohne Berücksichtigung des Vorzeichens) auf, so erhält man einen Indikator für die Unterschiedlichkeit des Wahlergebnisses. Dieser Indikator ist bis 2001 stetig gestiegen, die Unterschiede zwischen Ost und West wurden also immer größer – von 56,6 Prozentpunkten im Jahr 1990 bis auf 83,2 Prozentpunkte im Jahr 2001. Seit 2001 ist der Abstand gefallen, bis auf 46,5 Prozentpunkte 2011. Die Unterschiede im Wahlergebnis waren 2011 also geringer als bei den vorangegangenen Berliner Wahlen seit 1990.

Gewonnene Direktmandate bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin

1999
 ■ SPD
 ■ CDU
 ■ DIE LINKE
 ■ GRÜNE

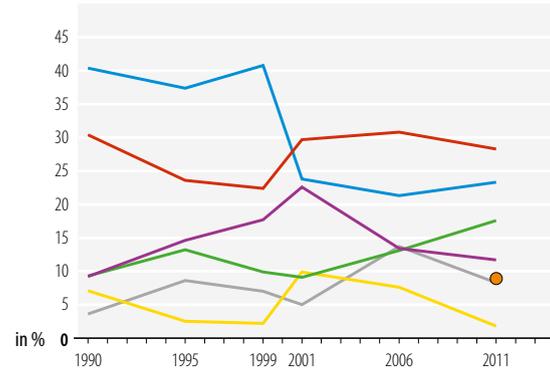


2011



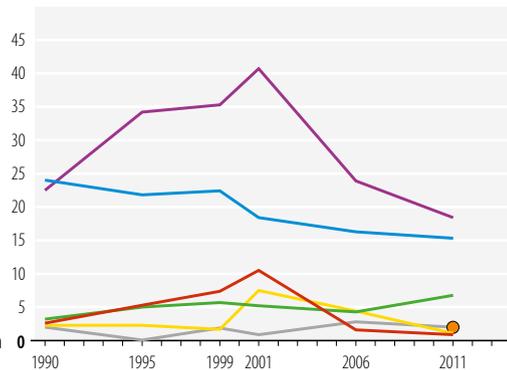
Zweitstimmenanteile ausgewählter Parteien bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin

— SPD
 — CDU
 — DIE LINKE
 — GRÜNE
 — FDP
 ● PIRATEN
 — Sonstige



Abstand zwischen dem Ergebnis in Berlin-Ost und Berlin-West

in Prozentpunkten



Anhand von Wahlkreiskarten lässt sich die Entwicklung der letzten Jahre eindrucksvoll veranschaulichen: So gewann DIE LINKE 1999 fast alle Direktmandate – 30 von 32 – im Ostteil der Stadt. In den Wahlkreisen im Westteil dominierte dagegen die CDU. Ihre Direktbewerberinnen und -bewerber setzten sich hier in 44 von 46 Wahlkreisen durch. Lediglich die GRÜNEN konnten noch zwei Wahlkreise gewinnen – die SPD ging leer aus. Der Verlauf der Mauer ließ sich damit anhand der Wahlkreisergebnisse nachzeichnen und zwar als Nahtstelle zwischen den Wahlkreisen der LINKEN (violett) im Osten und den Wahlkreisen der CDU (blau) sowie der GRÜNEN im Westen.

Ganz anders 2011: Die ehemalige Grenze ist nicht mehr auszumachen. Die Wahlkreisergebnisse beider Teile der Stadt sind jetzt heterogener. Im Südwesten und Nordwesten liegt die CDU vorn, im Nordosten DIE LINKE, am Rand des alten Stadtkerns – im wilhelminischen Mietskasernengürtel – die GRÜNEN und in den restlichen Wahlkreisen die SPD.

Impressum

25 Jahre Deutsche Einheit **Berlin in Zahlen**

Erschienen im September 2015

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Telefax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Ruksaldruck GmbH, Berlin

Kostenloser Download

www.statistik-berlin-brandenburg.de

© **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
Potsdam, 2015**

Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe
gestattet.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777

Fax: 030 9028-4091

E-Mail: info@statistik-bbb.de

Das **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg** hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.